

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus
und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2019

Günter Bressau/Wolfgang Antes (Hg).

Impressum

Demokratiezentrum Baden-Württemberg
Landeskoordinierungsstelle
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17-47
Fax: 0 70 42 / 83 17-40
E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

Konzeption: Wolfgang Antes
Redaktion und Umsetzung: Günter Bressau
Lektorat: Marcus Fuchs
Design: Oliver Müller – Visuelle Kommunikation

Bildnachweis: Demokratiezentrum Baden-Württemberg; ydoutu (S. 1, 4 und 14).



Die Redaktion und Herausgeber bedanken sich bei allen Rechercheuren und Rechercheurinnen für ihre zuverlässige Unterstützung.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Inhalt

Einleitung und Einführung	4
Schutzsuchende und Minderheiten betroffen	5
Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2019	14
Januar	15
Februar	22
März	27
April	34
Mai	39
Juni	45
Juli	50
August	58
September	62
Oktober	67
November	72
Dezember	77

Landeskoordinierungsstelle



Gefördert durch



und



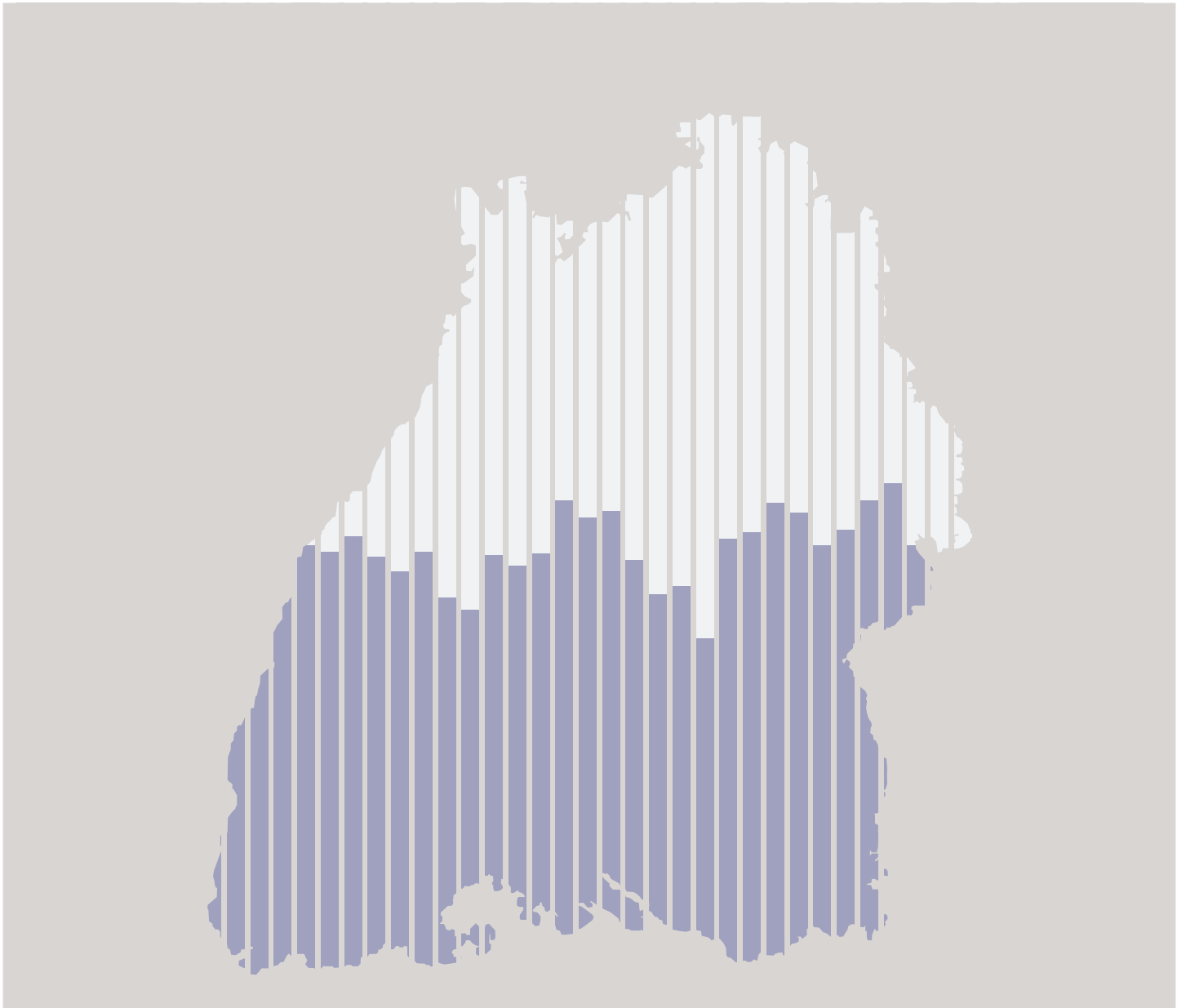
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Das Demokratiezentrum wird gefördert vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Einleitung und Einführung



Schutzsuchende und Minderheiten betroffen

Vorfälle im Bereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2019



Wolfgang Antes

.....
Geschäftsführer der Jugendstiftung
Baden-Württemberg

Zum vierten Mal gibt das Demokratiezentrum Baden-Württemberg einen chronologischen Überblick über antidemokratische Vorfälle, die sich dem Phänomenbereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuordnen lassen.

Grundlage für die Darstellung bilden wie in den Vorjahren die Recherche von Medienberichten, deren anschließende Kategorisierung sowie die Auswertung von Drucksachen des Bundestags.

Mit *Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, antimuslimischen Straftaten* und *Islamfeindlichkeit* lassen sich auch im Jahr 2019 Schwerpunkte ausmachen, die nahelegen, dass gerade besonders Schutzbedürftige und Minderheiten grundsätzlich in einem besonders hohen Maße von solchen Vorfällen betroffen sind.

Methodik und konzeptionelle Grundlagen

Der vorliegende Bericht gibt eine Übersicht zu antidemokratischen Vorfällen, die feindselige Einstellungen von Personen¹ gegen andere Individuen oder Menschengruppen zum Ausdruck bringen. Dabei wurden Vorfälle aufgenommen, die in sich in die Varianten des „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (im Folgenden: GMF) nach Heitmeyer in der Version der 2014 erschienenen sogenannten Mitte-Studie von Andreas Zick und Anna Klein (Zick und Klein 2014) einordnen lassen.

Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, das von dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer erforscht wurde (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, 2011), bildet die konzeptionelle Grundlage dieser Publikationsreihe. Der Begriff GMF bezeichnet dabei „die Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht,

.....
¹ Bei den Formulierungen im Bericht werden stets alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten berücksichtigt. Aus Gründen der Lesbarkeit beschränken sich die Formulierungen aber auf die feminine bzw. maskuline Form.

Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder auch physischer oder psychischer Konstitution festgemacht wird“ (Zick, Küpper und Krause 2016).

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Analyse von (problematischen) Entwicklungen in der Gesellschaft und der Berichterstattung über das Vorhandensein von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Da dieser Bericht real geschehene Ereignisse und Handlungen sammelt und beschreibt, können die Phänomenbereiche der GMF nicht immer zu 100 Prozent passgenau als Schablone über jeden einzelnen der beschriebenen Vorfälle gelegt werden. Dies liegt vor allem daran, dass die Merkmale in konkreten Fällen kumuliert auftreten können. Schon die Verwendung des Begriffs „Syndrom“ in der Benennung des Konzepts impliziert das gleichzeitige Vorliegen mehrerer unterschiedlicher Merkmale sowie eines gemeinsamen Kerns (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, 2011).

Diesen Kern bildet in allen Fällen das grundsätzliche Infragestellen der Gleichwertigkeit aller Menschen bzw. der Daseinsberechtigung anderer Personengruppen. Eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“, wie sie Heitmeyer bezeichnet (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 1, 2002), die einer nach demokratischen Grundwerten organisierten Gesellschaft diametral entgegensteht.

Gerade deshalb erweist sich das Konzept als hilfreich in der Kategorisierung von antidemokratischen Vorfällen, wie sie im vorliegenden Bericht vorgenommen wird. Wichtiger Vorteil des Konzepts von GMF ist dabei die Möglichkeit der Darstellung eines Zusammenhangs von Handlung zur Einstellungsstellung.

Zu beachten ist, dass Merkmale der GMF nicht nur an sozialen Rändern des gesellschaftlichen Gefüges auftreten, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen können.

Die Phänomenbereiche

Der vorliegende Bericht setzt den Schwerpunkt in den Bereichen rassistischer, antisemitischer, fremdenfeindlicher, islamfeindlicher und religiös begründeter Vorfälle.

Darüber hinaus wurden Vorfälle mit Bezug zu sogenannten „Reichsbürgern“ und der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ sowie politisch motivierte Abwertungen mit aufgenommen.

Die systematische Abwertung und Ausgrenzung Andersdenkender ist Merkmal aller politisch extremen oder religiös extremistischen Strömungen. Über die Abgrenzung zu „Anderen“ wird Identität gestiftet und die eigene Gruppierung überhöht. So sind Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit, wesentliche Merkmale des Rechtsextremismus.

Der Bericht stellt die zusammengetragenen Vorfälle chronologisch nach Monaten geordnet dar. Eine Sortierung der Fälle nach Regionen oder Landkreisen wird auch diesmal vermieden. Grund dafür ist die Tatsache, dass es sich bei den vorliegenden Fällen zumeist um Ereignisse mit überregionalen, gesamtdeutschen, teilweise internationalen oder gar globalen Bezügen handelt, für die Gemeinde-, Landkreis- oder Bundesländergrenzen keine und Staatsgrenzen nur eine geringe Rolle spielen (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ohne Erscheinungsjahr und 2020). Gerade im Bundesland Baden-Württemberg, das mit Frankreich, Österreich und der Schweiz Grenzen zu drei Staaten aufweist, die relativ problemlose Übertritte ermöglichen, muss dieser Fakt bei der Beobachtung von antidemokratischen Vorfällen besonders berücksichtigt werden.

Neben Vorfällen mit strafrechtlicher Relevanz werden im Bericht teilweise auch Vorkommnisse unterhalb dieser rein juristisch definierten Schwelle dargestellt. Dass Taten auch tatsächlich zu rechtskräftigen Verurteilungen führen, ist sicherlich ein wichtiger Anhaltspunkt in deren weiterer Bewertung. Antidemokratische Einstellungen können allerdings auch ohne die Erfüllung dieses Kriteriums vorhanden und objektiv identifizierbar sein (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, 2011).

Ziel des Berichts ist es, auch weiterhin in den kommenden Jahren zusätzliche Merkmale Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in seine Auswertung und Darstellung einzubeziehen. Außerdem werden in Zukunft besonders

der Raum der sozialen Netzwerke und die dort stattfindenden Äußerungsdelikte verstärkt in den Blick genommen. Hier besteht ein enger Zusammenhang zu „respect! Meldestelle Hetze im Internet“

Rechtsextremismus

Nach Richard Stöss beschreibt der Begriff des Rechtsextremismus die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie Nationalismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Ethnozentrismus (Stöss 2010). Die Handlungen aufgrund dieser Einstellungen reichen von entsprechendem Wahlverhalten über die Mitgliedschaft in rechtsextremen Gruppierungen bis hin zur Gewaltausübung. Stöss weist darauf hin, dass sich bei einer rechtsextremen Grundeinstellung das eigene Verhalten weiter radikalieren kann „bis hin zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ (Salzborn 2015).

Grundsätzlich gilt, dass sich das Phänomen „Rechtsextremismus“ als sehr komplex darstellt. Jeder spezifische Vorfall kann somit nur in seiner individuellen Eigenart untersucht werden. Und konsequenterweise müssen nicht alle Merkmale von Rechtsextremismus im Kontext eines konkreten Vorfalles auftreten, damit dieser als „rechtsextrem motiviert“ gelten kann. Für eine Eingruppierung in diese Kategorie reicht es vielmehr aus, wenn wesentliche Grundstrukturen rechtsextremer Orientierungen geteilt werden (Salzborn 2015).

Linke Militanz

Erfasst werden zwei Varianten antidemokratischen Verhaltens:

Aus *ideologischer Perspektive* lassen sich unter dem Begriff Mitglieder randständiger Gruppierungen fassen, die auf

Basis linker Politikentwürfe „[...] zentrale Elemente der Demokratie wie Menschenrechte, Wahlen und Rechtsstaatlichkeit unter den Tisch kehren, offen historische und aktuelle diktatorische Regime verherrlichen und von oben herab einen ‚neuen Menschen‘ formen wollen“ (Wurzel 2017).

Auf der *Ebene des Verhaltens* beschreibt der Terminus Akteure, die sich selbst als politisch links verstehen, zu deren Selbstverständnis aber natürlicherweise die Anwendung von Gewalt gegen Andersdenkende als legitimes Mittel der Bekundung von Interessen oder deren Durchsetzung gehört (Wurzel 2017).²

Gewalt muss sich in dieser Definition nicht explizit gegen Menschen richten. Auch die mutwillige Beschädigung von Sachen, mit dem erkennbaren Motiv der Einschüchterung der Betroffenen oder dem Ziel der Verbreitung antidemokratischer Ideologien, ist in die vorliegende Definition mit einbezogen.

Die in den Bericht aufgenommenen Fälle mit Bezug zu diesem Phänomenbereich lassen sich ausschließlich dieser zweiten Variante zuordnen. Der Phänomenbereich „Linke Militanz“ steht damit in einem engen Zusammenhang mit dem Merkmal der „Abwertung politisch Andersdenkender“, das solche politisch motivierten Angriffe explizit miterfasst.

Die Analyse dieses Phänomenbereichs wird allerdings durch die verstärkte Tendenz Rechter und rechtsextremer Kreise, Begriffe wie „Linksterrorismus“ oder „Linksfaschismus“ zu benutzen, um rechtsextrem motivierte Vorfälle zu relativieren, erschwert.

Religiös begründeter Extremismus

Die Anwendung des GMF-Konzepts erscheint nicht nur im Bereich des Rechtsextremismus sinnvoll, sondern auch

² Für vertiefende Betrachtungen vergleiche: Schroeder, Klaus und Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Peter Lang Edition, Frankfurt am Main, 2015.

bei der Bewertung salafistischer Ideologien. „Werden sogenannte islamistische oder salafistische Ideologien ebenfalls als Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verstanden, verringert sich die Gefahr einer korrelativen Gleichsetzung von Religion und Ideologie“ (Qasem 2015), weil religiös-extremistische Einstellungen nicht pauschal etikettiert werden, sondern vielmehr in ihrer spezifischen Ausprägung, z. B. als antisemitisch, beschrieben werden können. Darüber hinaus ist es auf dieser Grundlage möglich, Wechselwirkungen zwischen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus und auch deren ideologische Überschneidungen – gemeinhin als Brückennarrative (Meiering et al. 2019) bezeichnet – zu beschreiben. Diese äußern sich z. B. in Form spezifischer Geschlechterbilder oder von Verschwörungstheorien.

Auch für die präventive Arbeit gegen Formen religiös begründeter Radikalisierung bietet die Anwendung des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit die Möglichkeit, mit Ansätzen der (Sozial)Pädagogik einzelne Elemente z. B. der salafistischen Ideologie zu bearbeiten. Fachkräfte müssen somit kein auf die Ideologie bezogenes Expertenwissen aufbauen, sondern können mit erprobten Methoden einzelne Einstellungsmuster bearbeiten (Coquelin und Ostwaldt 2020, im Erscheinen).

Die dargestellten antidemokratischen Vorfälle zeigen, dass im Kontext des religiös begründeten Extremismus weiterhin der Salafismus eine bedeutende Rolle spielt. Dem muss in der Beobachtung antidemokratischer Vorfälle weiterhin eine große Aufmerksamkeit entgegengebracht werden – insbesondere vor dem Hintergrund von strukturellen Veränderungsprozessen in der salafistischen Szene.

Grenzüberschreitender Extremismus

Weder in Narrativen noch in ihren Handlungen bewegen sich extremistische Gruppierungen innerhalb von Bundesland- oder Nationalstaatsgrenzen. Antisemitische Äußerungen beziehen sich häufig auf Konflikte, die weit außerhalb der deutschen Staatsgrenzen ausgetragen werden, und die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ sieht explizit den Erhalt der *jahrtausendealten Völkerfamilie Europas* als eine wichtige Triebfeder des täglichen Handelns ihrer Mit-

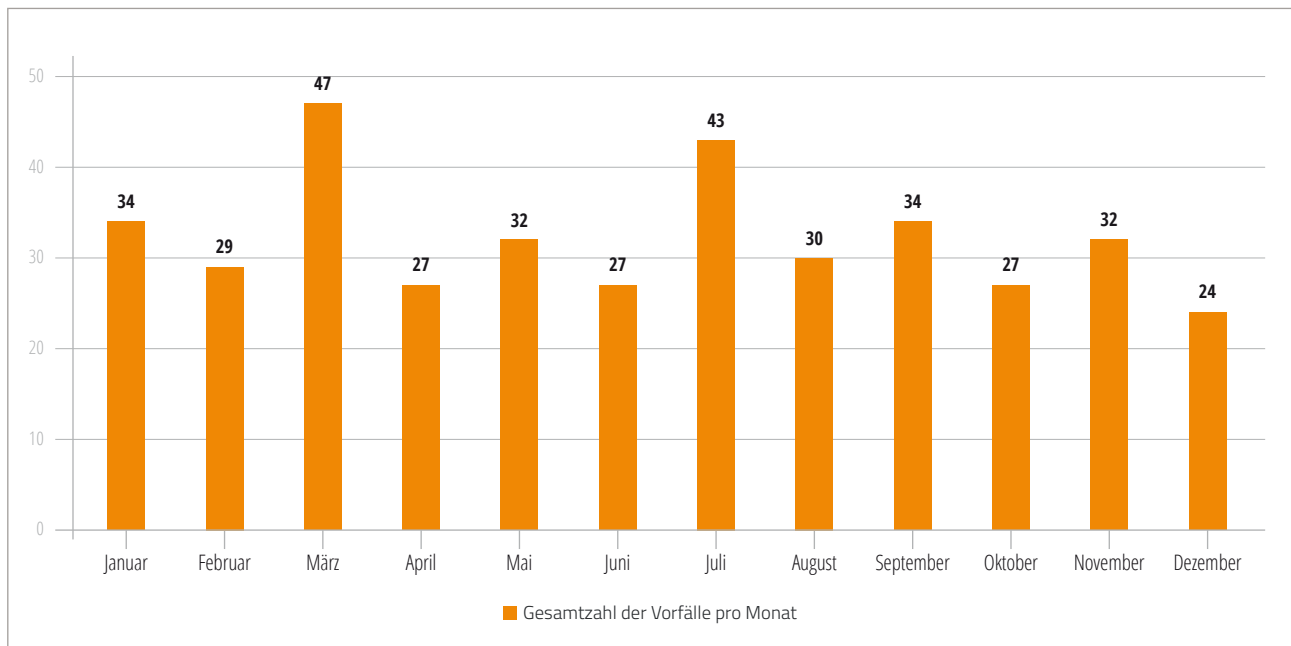
glieder (Identitäre Bewegung Deutschland e. V. 2020). Die Beobachtung und Bearbeitung von grenzüberschreitenden extremistischen Netzwerken nimmt als Phänomenbereich deshalb in der Arbeit des Demokratiezentrum Baden-Württemberg einen wichtigen Platz ein. Eine möglichst intensive internationale Zusammenarbeit mit den in den relevanten Themengebieten tätigen Akteuren kann hier in Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten, sowohl zu einer besseren Einschätzung der aktuellen Diskurse in den angrenzenden Nationalstaaten als auch für die Recherche von Fällen aus dem Phänomenbereich.

Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2019

Die Zuordnung der Vorfälle erfolgte aufgrund der bereits thematisierten Varianten/Merkmale des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Viele Fälle weisen mehrere der Merkmale auf, was für GMF durchaus charakteristisch ist.

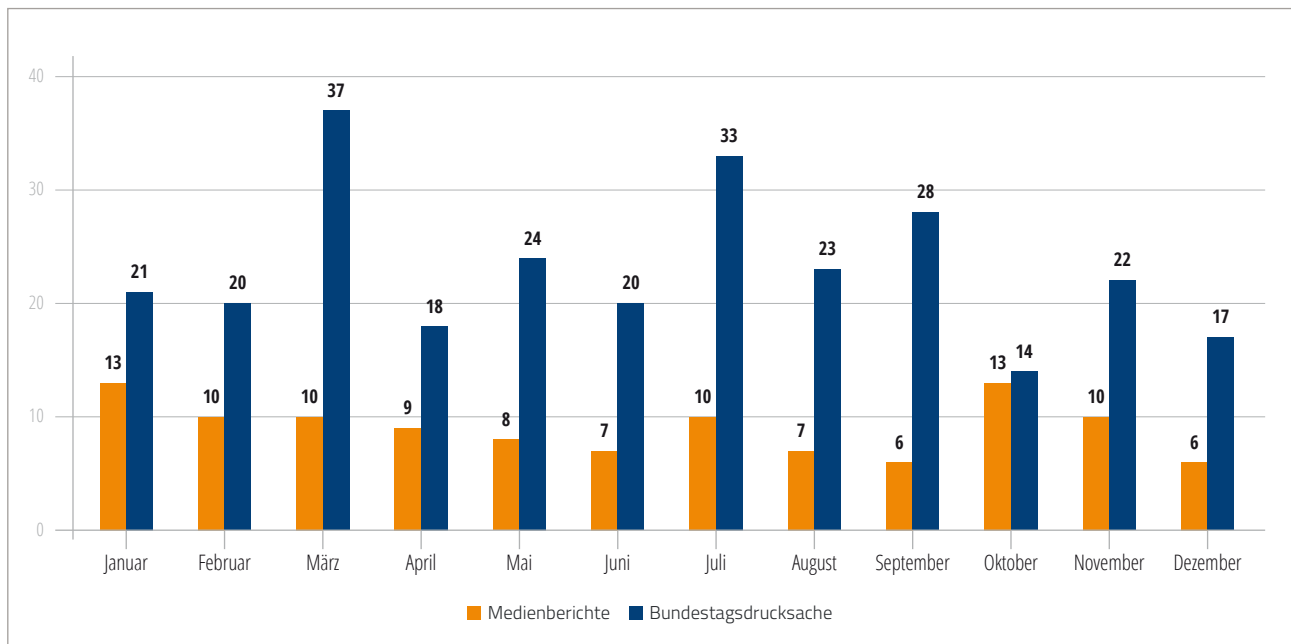
Insgesamt wurden 386 Vorfälle für das Jahr 2019 ausgewertet. Das sind im Schnitt 32,2 Vorfälle pro Monat. Es handelt sich in den Tabellen um absolute Fallzahlen. Da es sich in den Zusammenstellungen nur um Vorfälle handelt, die in öffentlichen Medienberichten und öffentlich einsehbaren Drucksachen dokumentiert wurden, kann angenommen werden, dass die tatsächliche Zahl an Vorfällen in Baden-Württemberg weit höher ist als hier dargestellt.

Tabelle 1: Verteilung der Fälle auf die Monate des Jahres 2019



Quelle: Darstellung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Medienberichten und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen.
Redaktionsschluss 31. Dezember 2019.

Tabelle 2: Vorfälle nach ausgewerteten Quellen

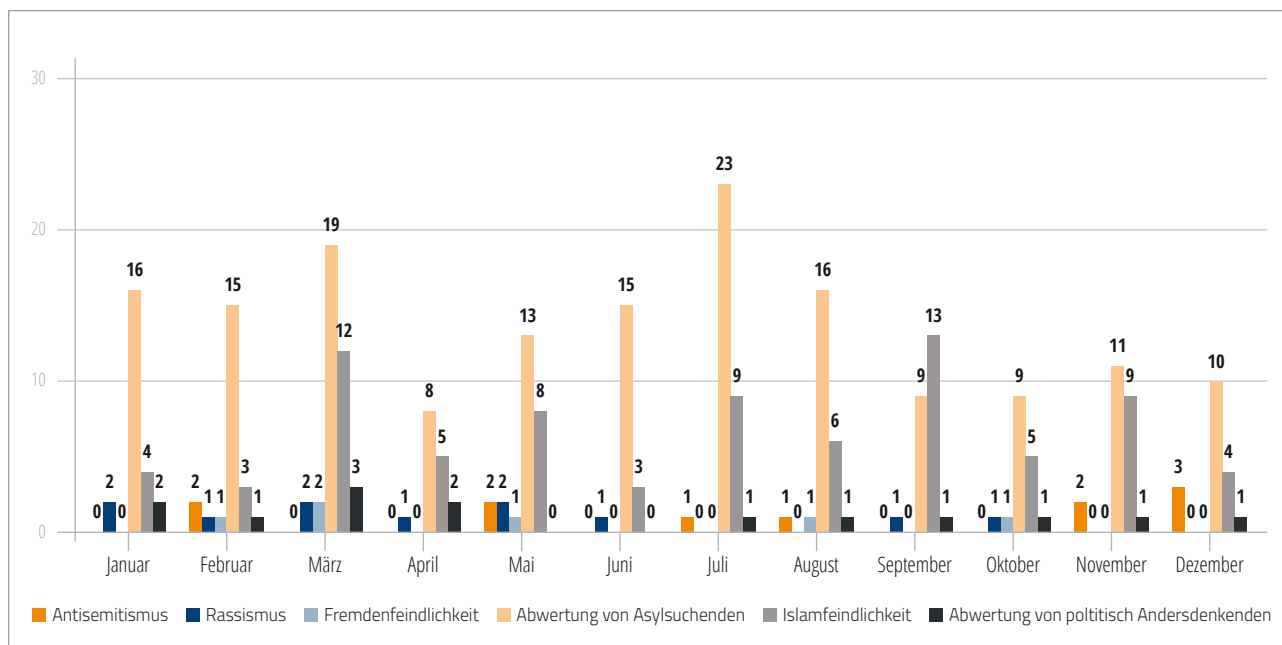


Quelle: Darstellung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Medienberichten und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen.
Redaktionsschluss 31. Dezember 2019.

Tabelle 3 zeigt die absoluten Fallzahlen, die den Merkmalen „Antisemitismus“, „Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Abwertung von Asylsuchenden“, „Islamfeindlichkeit“ und „Abwertung politisch Andersdenkender“ zugeordnet werden können.

Die meisten der aufgenommenen Vorfälle weisen mehrere der unten nach Häufigkeit dargestellten Merkmale auf. In die Grafik wurden nur Fälle aufgenommen, die sich deutlich einem der Merkmale zuordnen ließen. Mehrfachnennungen von Fällen sind damit ausgeschlossen. Deutliche Spitzen finden sich bei den Merkmalen „Abwertung von Asylsuchenden“ und „Islamfeindlichkeit“.

Tabelle 3: Vorfälle nach ausgewählten Varianten der GMF



Quelle: Darstellung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Medienberichten und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2019.

Antisemitismus

Im Bereich Antisemitismus konnten 11 Vorfälle registriert werden. „Antisemitismus meint im Kern eine Feindseligkeit gegenüber Juden, ‚weil sie Juden sind‘ – immer vermengt mit der Unterstellung bedrohlicher Absichten“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Diese Feindseligkeit tritt meist in Kombination mit dem „Glauben an eine ‚jüdische Weltverschwörung‘ oder der Unterstellung, selbst schuld an der eigenen Situation zu sein“ (Zick, Küpper und Krause 2016), auf.

Darüber hinaus existiert ein sog. sekundärer Antisemitismus, bei dem der Vorwurf im Raum steht, dass Juden aufgrund der Erfahrungen mit dem Holocaust den Versuch der Vorteilsnahme betreiben (Zick, Küpper und Krause 2016). Antisemitismus hat zudem eine politische Komponente. So geht Kritik an der Politik Israels mit israel-bezogenem Antisemitismus in Form von antisemitischen Stereotypen oder Nazi-Vergleichen einher (Zick, Küpper und Krause 2016).

Rassismus

Rassismus ist eine der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgeführten Diskriminierungsformen, die durch die Einführung des Gesetzes explizit bekämpft werden sollen. (§ 1 AGG: Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.) Der Begriff Rassismus kann unterschiedliche Ausprägungen und Dimensionen aufweisen. Allem zugrunde liegt die Aufteilung von Menschen in „Ingroups“ und „Outgroups“. Beim Rassismus erfolgt diese Kategorisierung durch „Rückgriff auf Abstammungs- und Herkunftslogiken, mit denen bestimmte Ideen und Bilder verbunden sind“ (Foitzik 2019). Diese Zuteilung greift der ethnische Rassismus durch „Einstellungen und Ideologien, die Abwertungen auf der Grundlage einer quasi biologischen und ideologisch konstruierten ‚natürlichen‘ Höherwertigkeit der Ingroup vornehmen“ (Zick, Küpper und Krause 2016), auf. Es ist folglich der Versuch, „eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die häufig auch an biologischen Unterschieden festgemacht wird“ (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 1, 2002). Für das Merkmal Rassismus wurden 11 eindeutig diesem Bereich zuordenbare Vorfälle aufgenommen.

Fremdenfeindlichkeit

Unter die Kategorie Fremdenfeindlichkeit fallen in diesem Bericht 6 Vorfälle. Fremdenfeindlichkeit beschreibt die „Abwertung und Ausgrenzung von Menschen, die insbesondere anhand ihres unmittelbaren wie mittelbaren Migrationshintergrundes in die Kategorie ‚Ausländer‘ oder ‚Fremde‘ eingeordnet werden und denen vor allem eine kulturelle Differenz sowie eine Bedrohung von Ressourcen (Arbeitsplätze, Wohnungen etc.) und Identitäten zugeschrieben wird“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Fremden- und Ausländerfeindlichkeit ist zudem „der Theorie und der empirischen Beobachtungen nach ein wichtiger Bestandteil rechtsextremer Einstellungen“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Die Kategorie „Fremdenfeindlichkeit“ weist folglich eine starke Verbindung zur Kategorie „Abwertung von Asylsuchenden“ auf. Die 6 in der Kategorie „Fremdenfeindlich-

keit“ erhobenen Vorfälle geben keinen Hinweis auf eine Zugehörigkeit der Betroffenen zur Gruppe der Asylsuchenden, umgekehrt kann aber ein Zusammenhang der Asylsuchenden mit dem Merkmal „fremd“ hergestellt werden. Die große Differenz der Zahlen für „Fremdenfeindlichkeit“ mit 6 Fällen und „Abwertung von Asylsuchenden“ mit 164 Fällen unterstreicht diese Hypothese.

Abwertung von Asylsuchenden

Die Kategorie „Abwertung von Asylsuchenden“ beschreibt die „Unterstellung, Asylsuchende beziehungsweise geflüchtete Menschen würden Notlagen nur vortäuschen und zum Beispiel das Sozialsystem ausnutzen“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Menschen, die dies behaupten, verdrängen oder leugnen die Tatsache, dass asylsuchende Menschen auch vor Kriegen oder Verfolgung fliehen und beziehen dies nicht in ihre Äußerungen und Handlungen mit ein.

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich Rechtsextremismus sei darauf hingewiesen: „Je eher [Befragte] misstrauisch gegenüber der Demokratie sind [...], desto negativer ist ihre Haltung gegenüber Geflüchteten“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Das zeigt sich besonders durch die hohe Fallzahl von 164 Vorfällen in diesem Bericht. Diese setzen sich aus strafrechtlich relevanten Vorkommnissen wie z. B. Volksverhetzung, Sachbeschädigung oder Beleidigung zusammen. Schwerpunkt dieser Kategorie sind aber eindeutig Übergriffe auf Unterkünfte für Asylsuchende, die in den ausgewerteten Drucksachen klar als politisch motivierte Kriminalität (PMK) rechts gekennzeichnet sind.

Islamfeindlichkeit

Antimuslimische Handlungen oder Islamfeindlichkeit beziehen sich auf Handlungen gegen Menschen, die unmittelbar oder mittelbar der Personengruppe muslimischen Glaubens zugeordnet werden können. Menschen muslimischen Glaubens wird unterstellt, „durch ihre Zugehörigkeit zum Islam, durch ihre Kultur oder ihre öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten und Verhaltensweisen, die unhinterfragt der

Religion zugeschrieben werden“ (Zick, Küpper und Krause 2016), eine Bedrohung zu sein. So sind beispielsweise gläubige muslimische Frauen durch die Sichtbarkeit ihrer religiösen Überzeugung besonderer Diskriminierung ausgesetzt. Dies zeigt auch der Verweis auf fehlende Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, welcher „nicht selten undifferenziert der Religion insgesamt zugeschrieben [wird], um dann als Legitimation für eine pauschalisierte Abwertung herangezogen zu werden“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Im vorliegenden Bericht konnten im Bereich der Islamfeindlichkeit 81 Fälle erfasst werden.

Abwertung von politisch Andersdenkenden

Diese Analysekatgorie wird im vorliegenden Bericht erneut verwendet. Sie wurde im Bericht 2018 eingeführt, um Fälle abbilden zu können, in denen sich der beschriebene antidemokratische Akt auf die politische Ausrichtung oder Meinung der oder des Betroffenen beziehen lässt. In der folgenden Chronik können in diesem Jahr 14 Fälle diesem Merkmal eindeutig zugeordnet werden.

In Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes ist ein Schutz vor Diskriminierung aufgrund politischer Orientierung klar formuliert: „Niemand darf wegen [...] seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Diskriminierung umfasst hier ein Spektrum, das sich von herabwürdigenden Äußerungen bis hin zu strafbaren Handlungen, wie zum Beispiel der Anwendung von körperlicher Gewalt, erstreckt.

Wie bei den anderen im Bericht verwendeten Begrifflichkeiten kommt auch dieses Phänomen in der Realität nicht immer in reiner Form, sondern häufig auch in Kombination mit anderen Merkmalen vor. Kriterium für die Einordnung von Fällen in diese Kategorie ist, dass das zum Ausdruck bringen einer politischen Orientierung eindeutig als Auslöser eines antidemokratischen Vorfalls auszumachen ist. Dies wäre zum Beispiel dann der Fall, wenn die Mitgliedschaft in einer Partei oder politischen Organisation als Grund für einen Angriff klar erkennbar ist. In die Kategorie würde zum Beispiel aber auch die öffentliche Anfeindung von Menschen fallen, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren.

Literatur

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
Online verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/agg/>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Coquelin, Mathieu und Ostwaldt, Jens (2020, im Erscheinen): Extremismusprävention. Eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit. In: Patjens, Rainer und Meyer, Thomas (Hg.): Studienbuch Kinder- und Jugendarbeit, im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS.

Demokratiezentrum Baden-Württemberg (2016): Pädagogischer Umgang mit Antimuslimischem Rassismus. Ein Beitrag zur Prävention der Radikalisierung von Jugendlichen. Sersheim: Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Fiebig, Verena (2018): Reichsbürger und Selbstverwalter als Zielgruppe für bestehende Ausstiegsprogramme? In: *Kriminalistik* (4/2018), S. 221–227.

Foitzik, Andreas (2019): Einführung in theoretische Grundlagen: Diskriminierung und Diskriminierungskritik. In Foitzik, Andreas und Hezel, Lukas (Hg.): *Diskriminierungskritische Schule. Einführung in theoretische Grundlagen*. Weinheim: Beltz, S. 12–39.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
Online verfügbar unter https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_3.html, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.; 2002): *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.; 2011): *Deutsche Zustände. Folge 10*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.

Identitäre Bewegung Deutschland e. V.: *Zukunft Europa*.
Online verfügbar unter <https://www.identitaere-bewegung.de/projekte/zukunft-europa/>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Strukturen der rechtsextremistischen Szene in Baden-Württemberg ab 1991. Online verfügbar unter http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/Dokumente/2014_Enquete-Bericht/Bericht_LfV_fur_Enquetekommission.pdf, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2020): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2019. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2020_Aktuell/Verfassungsschutzbericht_BW_2019.pdf, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Meiering, David; Dziri, Aziz; Foroutan, Naika; Teune, Simon; Lehnert, Esther und Abou Taam, Marwan (2018): Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. Frankfurt a. M.: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Online verfügbar unter https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif0718.pdf, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Qasem, Sindyan (2015): Neue Haltungen gegen Unmut: Forderungen an eine gesamtgesellschaftliche Präventionsarbeit. In: Molthagen, Dietmar (Hg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, S. 201-207.

Salzborn, Samuel (2015, 2. Auflage): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos.

Schroeder, Klaus und Deutz-Schroeder, Monika (2015): Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition.

Stöss, Richard (2010, 3. Auflage): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wurzel, Hanne (2017): Begrüßungsrede zur Fachtagung „Linksextremismus und linke Militanz – Phänomene, Kon-

troversen und Prävention“, gehalten am 04.07.2017. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/251714/begrueßungsrede>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Zick, Andreas und Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas; Küpper, Beate und Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas; Küpper, Beate und Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

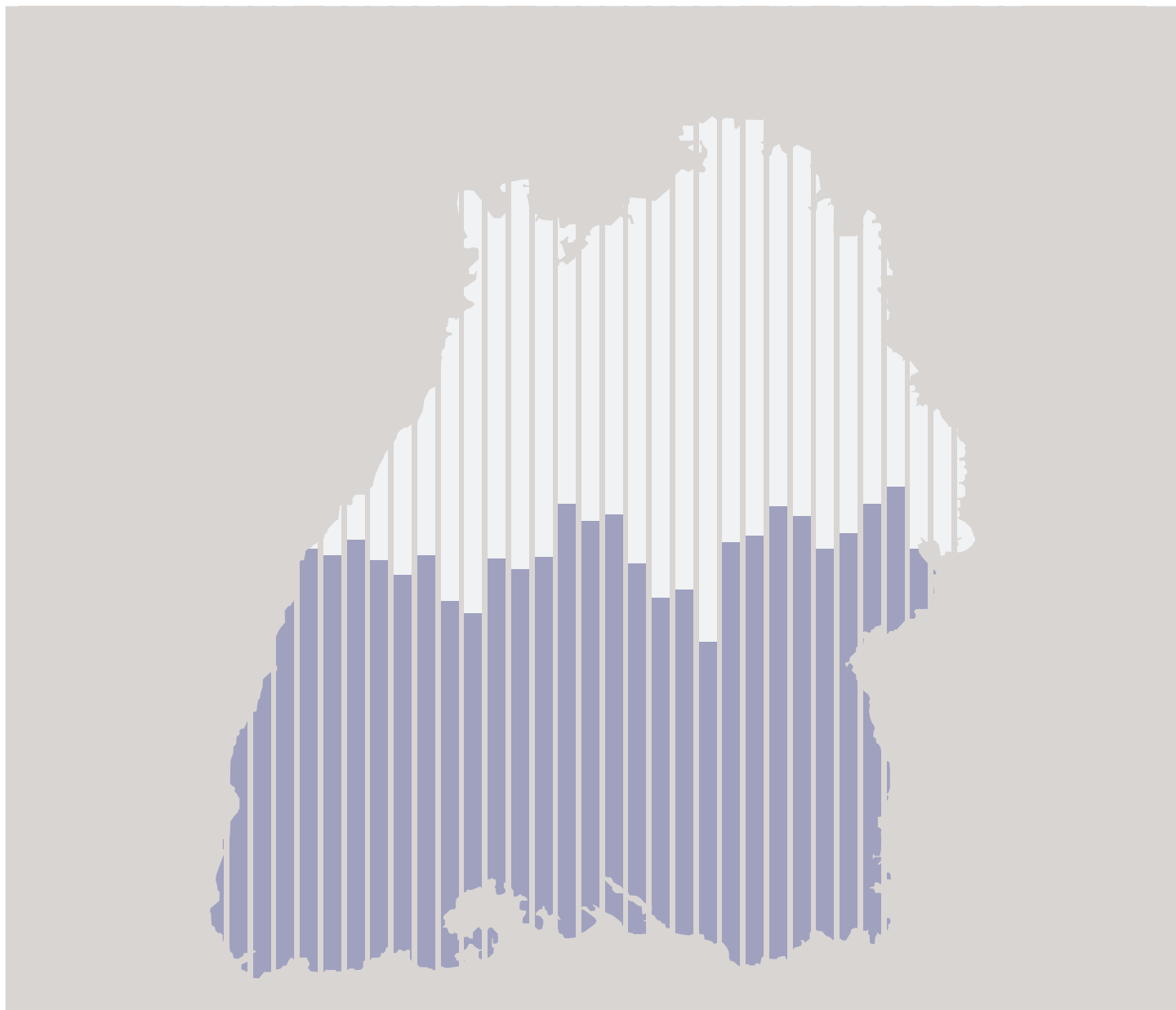
Weiterführende Literatur

Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.; 2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Ebner, Julia (2018): Wut. Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen. Darmstadt: Theis.



Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.; 2014): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamitisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript.

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2019





Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 01. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 01.01.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Korb kam es am 01. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 01.01.2019, Korb
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 02. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.





-  DATEN 02.01.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Busfahrer schlägt Fahrgast krankenhaureif

Am Abend des 3. Januar verwies ein 48-jähriger Busfahrer im Burgstettener Ortsteil Erbstetten einen 24-jährigen Nigerianer, der mit einer Pizza einsteigen wollte, aus dem Bus. Zeugen beobachteten daraufhin, dass der Fahrer mit seinen Fäusten auf den 24-Jährigen einschlug und, als dieser zu Boden ging, auf ihn eintrat. Der Nigerianer wurde dabei so schwer verletzt, dass er in ein Krankenhaus gebracht werden musste.



Warum der Busfahrer auf den Fahrgast einschlug, war zunächst nicht bekannt. Gegenüber der Presse äußerte ein Mitarbeiter des Busunternehmens später, der 24-Jährige habe keine Fahrkarte vorgezeigt und den Fahrer beleidigt. Auch sei er als Erster hand-

greiflich geworden. Das Bündnis Zusammen gegen Rechts Rems-Murr schloss hingegen rassistische Motive nicht aus und forderte in einem offenen Brief eine Stellungnahme des Busunternehmens zum Verhalten des Fahrers. Außerdem verlangte das Bündnis dessen Versetzung in den Innendienst und eine öffentliche Entschuldigung. Der 24-Jährige habe jetzt Angst, mit dem Bus zu fahren, um zur Arbeit zu kommen.

-  DATEN 04.01.2019, Burgstetten (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.burgstetten-busfahrer-verpruegelt-fahrgast-wegen-pizza.9e014eea-c41e-4e10-a026-e9beb139bd7c.html>
-  DATEN 31.01.2019, Burgstetten (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.busfahrer-verpruegelt-fahrgast-war-rassismus-das-motiv.6719ba75-61c1-4db7-b7b5-94a822466c1b.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Villingen-Schwenningen kam es am 07. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

-  DATEN 07.01.2019, Villingen-Schwenningen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Gerichtsverhandlung wegen Facebook-Post

Ein 22-jähriger Mann musste sich am 07. Januar vor dem Amtsgericht Offenburg verantworten, weil er zu einem Bericht über den Mord an einer 15-Jährigen in Kandel auf Facebook den Kommentar „Sofort Kopfschuss – ich zahl' die Kugel auch!“ eingestellt hatte. Die Redaktion des Rundfunksenders, die den Bericht geteilt hatte, erstattete wegen des Kommentars Anzeige. Von der Staatsanwaltschaft wurde der Post des 22-Jährigen als Aufforderung zu einem „Akt der Selbstjustiz“ bewertet.

Der Angeklagte gab an, nach „ein paar Schorle“ in einer Kneipe, den Bericht gelesen und den Kommentar danach „aus Wut“ über den Mord eingestellt zu haben. Dass der Täter ein Asylsuchender war und welche Auswirkungen sein Kommentar haben könnte, sei ihm zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst gewesen. Er habe den Beitrag auch kurze Zeit später wieder gelöscht. Seine Verteidigerin wertete den Kommentar ebenfalls als „eine wirklich dumme spontane Äußerung“. Ihr Mandant habe auch nicht gedacht, „dass

da jemand losläuft und schießt“. Das Verfahren gegen den 22-jährigen Offenburger wurde daraufhin mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft eingestellt, die Richterin bezeichnete den Post als „Kurzschlussreaktion“.

DATEN 08.01.2019, Offenburg (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 26.03.2019

QUELLE Baden Online
<https://www.bo.de/lokales/offenburg/22-jaehriger-nachkopfschuss-post-vor-gericht>

Nazi-Schriftzüge und -Symbole an Sigmaringer Brücke

Unbekannte haben, vermutlich am 30. Dezember 2018, eine Mauer und den Fußgängerweg unter der Sigmaringer Nepomukbrücke mit einem Hakenkreuz, dem Schriftzug „Hitler“ und anderen Graffiti besprüht. Durch die Schmierereien entstand ein Schaden von 500 Euro, die Stadtverwaltung hat Anzeige bei der Polizei erstattet.

DATEN 08.01.2019, Sigmaringen, Internetaufruf: 26.03.2019

QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-sigmaringen/sigmaringen_artikel,-unbekannte-beschmieren-nepomukbruecke-und-fu%C3%9Fweg-mit-nazi-schriftzuegen-und-symbolen-_arid,10990015.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lörrach kam es am 08. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

DATEN 08.01.2019, Lörrach

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Geldstrafe wegen Volksverhetzung

Das Amtsgericht Oberkirch hat einen Mann aus Renchen zu einer Geldstrafe von 720 Euro wegen Volksverhetzung verurteilt.

Am 18. März 2018 hatte der Angeklagte auf Facebook einen Bericht der Stuttgarter Zeitung über einen Brand in einer Kornwestheimer Flüchtlingsunterkunft damit kommentiert, dass er „noch mehr Benzin gebracht“ hätte, wenn er früher davon gelesen hätte. Gegen einen daraufhin ergangenen Strafbefehl über 2.700 Euro hat der Mann Einspruch eingelegt.

In der Verhandlung gab der Angeklagte an, keine Erinnerung an den Vorfall zu haben, er habe sich in einer schweren Alkoholphase befunden und „rund um die Uhr getrunken“. Eine solche Aussage habe er nicht treffen wollen, er sei auch noch nie wegen etwas Ähnlichem in Erscheinung getreten. Der Vertreter der

Staatsanwaltschaft wollte allein eine Alkoholisierung als Entschuldigung für die Tat nicht gelten lassen. Der Angeklagte habe nach eigenen Angaben ein Ventil gesucht und den Kommentar auch fehlerfrei verfasst. Ein Polizeibeamter, der den Mann nach der Anzeige angerufen hatte, bestätigte, dass dieser weder einen alkoholisierten Eindruck erweckt noch Reue gezeigt habe. Er habe sich sogar darüber echauffert, dass dem Kommentar solche Bedeutung beigemessen werde.

Da der nicht vorbestrafte Angeklagte seine Schuld eingestanden hat und von Harz IV lebt, wurde die Geldstrafe auf 720 Euro reduziert.

DATEN 09.01.2019, Oberkirch (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 26.03.2019

QUELLE Baden Online
<https://www.bo.de/lokales/achern-oberkirch/amtsgericht-verurteilt-renchener-wegen-volksverhetzung>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Baden-Baden kam es am 10. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

DATEN 10.01.2019, Baden-Baden

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Säckingen kam es am 10. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

DATEN 10.01.2019, Bad Säckingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Mannheim kam es am 13. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.


DATEN 13.01.2019, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Büros von Grünen und SPD in Ulm beschmiert

Das Bürgerbüro einer SPD-Bundestagsabgeordneten und das Parteibüro der Grünen in Ulm sind am Wochenende des 12. und 13. Januar beschmiert und mit rechtspopulistischen Plakaten beklebt worden. Die Plakate trugen das Logo der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“. Sachschaden ist bei der Aktion nicht entstanden, Schmierereien und Plakate konnten wieder entfernt werden. Die Staatschutzabteilung der Ulmer Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen.

 DATEN 14.01.2019, Ulm, Internetaufruf: 26.03.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-wahlkreisbueros-von-hilde-mattheis-und-gruene-beschmiert-suche-nach-taetern-laeft-_arid,10992554.html

Folgemeldung zu „Büros von Grünen und SPD in Ulm beschmiert“ vom 14.01.2019

Am 14. Januar wurden bundesweit Parteibüros und Redaktionsräume von Sendern und Zeitungen mit Plakaten gegen linke Gewalt beklebt, auf denen auch das Logo der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ aufgedruckt war. Die Aktion richtete sich z. B. gegen die SPD-Bundeszentrale in Berlin und gegen Medienredaktionen wie das ARD-Hauptstadtstudio, das Redaktionsgebäude der „tageszeitung“ (taz) oder die „Frankfurter Rundschau“, bei der die Polizei das Anbringen der Plakate allerdings verhindern konnte. Auch an die Geschäftsstelle des Schwarzwälder Boten in Rottweil waren die Plakate der Rechtsextremen geklebt worden.

Der Staatsschutz hat Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch aufgenommen. Im Verdacht, für die Aktion verantwortlich zu sein, stehen zwei 24 und 27 Jahre alte Männer und eine 31-jährige Frau, die laut Berliner Polizei einer „bekannten Bewegung“ angehören. Laut dem Schwarzwälder Boten berichtete die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“ selbst auf Twitter von einer bundesweiten Aktion „gegen linke Gewalt vor sämtlichen Parteibüros und Medienhäusern“. Auch das Wahlkreisbüro von Claudia Roth (Die Grünen) in Augsburg und ein Parteibüro der Linken in Lüneburg sowie Einrichtungen in Duisburg, Köln und Dortmund seien Ziele der Attacke gewesen.


 DATEN 15.01.2019, Rottweil und Gesamte Bundesrepublik, Internetaufruf: 30.09.2019


 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.berlin-rottweil-parteien-und-medien-im-visier-der-identitaeren.0814f5db-2351-4bcf-96a3-7b5953921628.html>

Folgemeldung zu „Büros von Grünen und SPD in Ulm beschmiert“ vom 14.01.2019

Nach dem Bekenntnis der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ zu den bundesweit an Parteibüros und Mediengebäuden

angeklebten Plakaten hat die Polizei die Ermittlungen zu den Vorfällen in Ulm eingestellt. Wie es hieß, gab es bei den Plakaten und Schmierereien am Parteibüro der Grünen und dem Bürgerbüro einer SPD-Bundestagsabgeordneten keine Hinweise auf strafbare Inhalte.


 DATEN 16.01.2019, Ulm, Internetaufruf: 30.09.2019


 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/Rechtsextreme-Schmierereien-Ulmer-SPD-Abgeordnete-Mattheis-betroffen,schmierereien-spd-buero-mattheis-100.html>

Mann aus Tansania wurde geschlagen und beraubt

Ein 36-Jahre alter Tansanier wurde am 12. Januar in einer Straßebahn auf der Fahrt zwischen Viernheim und Weinheim von zwei Männern und einer Frau wegen seiner dunklen Hautfarbe beleidigt. Als er aussteigen wollte, habe ihm einer der Täter von hinten auf den Kopf geschlagen. Während einer der Männer dann weiter auf das zu Boden gegangene Opfer einschlug, habe der andere ihm sein Handy aus der Hand gerissen, berichtete die Polizei. Als das Trio flüchtete und der 36-Jährige den Täter, der sein Handy gestohlen hatte, verfolgen wollte, wurde er von dem andern Mann in ein Gebüsch gestoßen. Anschließend schlugen beide Männer erneut auf ihn ein und setzten dann ihre Flucht fort. Der verletzte Tansanier ging nach der Attacke in ein Krankenhaus, um sich behandeln zu lassen.

Das Kriminalkommissariat Mannheim hat die Ermittlungen übernommen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

 DATEN 15.01.2019, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 30.09.2019

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse_artikel,-weinheim-wurde-36-jaehriger-opfer-eines-rassistischen-angriffs-_arid,413613.html

Polizei-Razzia bei Ku-Klux-Klan

In acht Bundesländern hat die Polizei am 16. Januar die Wohnungen von 17 Personen durchsucht, die eine kriminelle Vereinigung unter dem Namen „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ gebildet und eine „Glorifizierung des Nationalsozialismus“ betrieben haben sollen. Die Beschuldigten sind 17 bis 59 Jahre alt und sollen über das Internet rekrutiert worden sein, insgesamt sollen der Gruppierung 40 Mitglieder angehören. An der Aktion waren bundesweit 200 Polizisten beteiligt, sie stellten über 100 Waffen, wie Schwerter, Macheten, Messer, Wurfsterne und Teleskopschlagstöcke, sicher.

In Baden-Württemberg wurden zwei Gebäude in Rastatt und eines im Rems-Murr-Kreis durchsucht. Das Landeskriminalamt ging

davon aus, dass zumindest Teile der Gruppierung gewaltbereit sind, geplant haben sich zu bewaffnen und Gewaltfantasien hegen.

DATEN 17.01.2019, Rastatt und Rems-Murr-Kreis, Internetaufruf: 26.03.2019

QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/1744985/>

IS-Propagandist vor Gericht

Gegen einen 34-jährigen Deutsch-Algerier begann am 17. Januar ein Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, weil er für den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) geworben haben und zu Spenden für die Gruppierung aufgerufen haben soll.¹ Laut Bundesstaatsanwaltschaft hat der Mann Videos der Terrororganisation, die mitunter grausame Enthauptungen enthielten, mit deutschen Untertiteln versehen und in den sozialen Medien geteilt. Dort habe er auch dazu aufgerufen, auszureisen und sich der Terrormiliz anzuschließen. Von 2015 bis 2017 soll er außerdem für vier Islamisten in Syrien und dem Irak E-Mail-Adressen eingerichtet und Profile für soziale Medien und Nachrichtendienste erstellt haben. Der 34-Jährige wurde im März 2018 festgenommen und saß seitdem in Untersuchungshaft. Gewohnt hatte er bis dahin in Heilbronn.

Gleich zu Beginn wurde die auf 27 Prozesstage angesetzte Verhandlung unterbrochen. Der Pflichtverteidiger hatte aufgrund des Prozessumfangs beantragt, zwei zusätzliche Richter und zwei zusätzliche Pflichtverteidiger zu berufen. Die Wahlanwältin des Angeklagten bemängelte außerdem, ihr Mandant habe sich bei einem Umfang der Ermittlungsakte von 45.000 Seiten nicht ausreichend auf den Prozess vorbereiten können.

DATEN 17.01.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 01.10.2019

QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-IS-Propaganda-Ist-ein-Deutsch-Algerier-ein-Botschafter-fuer-den-Terror-_arid,1273617.html

Folgemeldung zu „IS-Propagandist vor Gericht“ vom 17.01.2019

Der 34-jährige Deutsch-Algerier wurde vom Oberlandesgericht Stuttgart am 2. August zu vier Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er für den sogenannten „Islamischen Staat“ im Internet geworben, für IS-Aktivistinnen Profile für soziale Netzwerke, Nachrichtendienste sowie E-Mail-Adressen eingerichtet und Spenden für die Terrororganisation gesammelt hat. Laut einem Gerichtssprecher legte der Angeklagte nach einer Verständigung zwischen Gericht, Verteidigung und Bundesanwaltschaft ein umfassendes Geständnis ab.

DATEN 02.08.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 17.07.2020

QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Werbung-fuer-Terrororganisation-IS-Vier-Jahre-Haft-verhaengt;art19070,4232104>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Laupheim kam es am 18. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 18.01.2019, Laupheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Achstetten kam es am 19. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 19.01.2019, Achstetten

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Angriff auf Linkes Zentrum in Mannheim

Rund zehn Personen haben die Eröffnung eines Linken Zentrums am 19. Januar in der Mannheimer Neckarstadt gestört. Ein 21-jähriger Besucher des Zentrums wurde durch den Einsatz von Pfefferspray aus der Gruppe der Störer verletzt, die bei ihrer Aktion auch ein bengalisches Feuer entzündet haben. Beim Eintreffen der Polizei floh die Gruppe, neun Jugendliche und Heranwachsende konnten aber bei einer anschließenden Fahndung kontrolliert und mit Platzverweisen belegt werden. Bei den Kontrollen wurden zwei Pfeffersprays beschlagnahmt und sogenannte „Passivbewaffnung“ gefunden. Die Beamten haben Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet.

DATEN 20.01.2019, Mannheim, Internetaufruf: 01.10.2019


QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel,-ewwe-longts-linkes-zentrum-mannheim-mutmassliche-rechtsextremisten-greifen-linke-an-_arid,414783.html

¹ Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 145.

AfD-Abgeordneter trennt sich von Mitarbeiter, dem Anstiftung zu einem Brandanschlag vorgeworfen wird

Ein Böblinger AfD-Bundestagsabgeordneter hat sich von seinem engen Berater getrennt, nachdem mehrere Medien über Vorwürfe berichtet haben, nach denen dieser einen Brandanschlag beauftragt und finanziert haben soll. Ziel des Anschlags soll ein Gebäude einer ungarischen Minderheit in der Ukraine gewesen sein. Einer der Brandstifter, gegen die vor einem Gericht in Polen verhandelt wurde, hatte den Berater als Drahtzieher des Brandanschlags belastet. Der Mann selbst bestritt laut dem ARD-Politikmagazin „Kontraste“ die Anschuldigungen. Der AfD-Abgeordnete hat sich zu den Vorwürfen gegen seinen ehemaligen Berater nicht geäußert, dieser solle ihm aber selbst einen Auflösungsvertrag für das Beschäftigungsverhältnis angeboten haben.


 DATEN 21.01.2019, Böblingen, Internetaufruf: 02.10.2019

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/Boeblingen-AfDAbgeordneter-Frohnmaier-trennt-sich-von-Mitarbeiter,meldung-23962.html>

„Reichsbürger“ widersetzt sich Verkehrskontrolle

Am 21. Januar wollte die Polizei einen 53-jährigen Autofahrer im Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 21 km/h kontrollieren. Der Mann, der laut Polizei den sogenannten „Reichsbürgern“ zuzuordnen ist, verweigerte den Beamten aber die Aushändigung seiner Personalpapiere und Fahrzeugdokumente, weil diese dazu nicht berechtigt seien. Die Polizisten holten daraufhin eine richterliche Anordnung für die Durchsuchung des Mannes und seines Fahrzeugs nach den Dokumenten ein. Als dieser weiterhin die Öffnung der Türe verweigerte, schlugen die Beamten ein Fenster des Autos ein und nahmen ihn vorläufig fest. Bei der anschließenden Durchsuchung des Fahrzeugs wurden ein Einhandmesser und ein Reizstoffsprüher gefunden und beschlagnahmt.

 DATEN 22.01.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 02.10.2019

 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.verkehrskontrolle-in-bad-cannstatt-reichsbuerger-weigert-sich-papiere-zu-zeigen.f87c642f-e07f-4d33-8e0b-2a02a7d9321b.html>

Prozess gegen mutmaßlichen Taliban-Anhänger


Am 22. Januar begann am Stuttgarter Oberlandesgericht der Prozess gegen einen 22-Jährigen aus Afghanistan, der den radikalislamischen Taliban angehört haben soll.

Der Mann soll sich 2013 auf Druck seines Bruders und seines Onkels der Terrorvereinigung angeschlossen und für die Taliban Wachen geschoben, schwer bewaffnet Fahrzeuge kontrolliert und

zahlreiche Menschen festgenommen haben, von denen mehrere als mutmaßliche Spione misshandelt wurden. Als er in einem Lager in Pakistan zum Selbstmordattentäter ausgebildet werden sollte, habe er sich zur Flucht entschlossen und sei 2015 nach Deutschland eingereist.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den 22-Jährigen Anklage wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen Terrorvereinigung und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz erhoben. Er war bereits im September 2018 in Untersuchungshaft genommen worden.


 DATEN 22.01.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 17.07.2020

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Mutmasslicher-Taliban-Anhaenger-in-Stuttgart-vor-Gericht;art19070,4143550>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 22. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 22.01.2019, Sersheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 23. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 23.01.2019, Reutlingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Rastatt kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 24.01.2019, Rastatt

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Renchen kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 24.01.2019, Renchen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Singen kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.01.2019, Singen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Nußloch kam es am 25. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.

 DATEN 25.01.2019, Nußloch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ravensburg kam es am 26. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 26.01.2019, Ravensburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten



In Blaubeuren fand am 26. Januar ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt, organisiert durch die rechtsextreme

Partei „Der III. Weg“. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Wegbereiter“ auf.

 DATEN 26.01.2019, Blaubeuren
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Karlsruhe fand am 26. Januar ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt, organisiert durch die rechtsextreme Partei „Die Rechte“. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Aria“ und „Fregeos“ auf.

 DATEN 26.01.2019, Raum Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Lonsee kam es am 28. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.01.2019, Lonsee
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Geldstrafe für Facebook-Hetzer

Ein 50-jähriger Hartz-IV-Empfänger musste sich vor dem Göppinger Amtsgericht verantworten, weil er auf Facebook unter anderem über „Drecksmuslime“ gepostet hatte, dass diese doch „sauber in die Kammer“ geschickt werden sollten. Die Anzeige eines anderen Facebook-Nutzers brachte ihm daraufhin einen Strafbefehl über 1.800 Euro ein, gegen den der arbeitslose Heizungsinstallateur Widerspruch eingelegt hat. Bei der deshalb anberaumten Gerichtsverhandlung versuchte der Mann zu erklären, dass doch alles nicht so gemeint gewesen sei und er Blödsinn geschrieben habe, weil er betrunken gewesen sei. Die Amtsrichterin machte ihm aber klar, dass mehrere seiner Äußerungen auf Facebook den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt haben und im Falle eines Urteils neben einer Geldstrafe auch die Verfahrenskosten auf ihn zukommen könnten. Der Mann akzeptierte daraufhin den Strafbefehl, gab aber an, er sei ohne eigenen festen Wohnsitz und mittellos. Wie er die 1.800 Euro aufbringen solle, wisse er nicht. Die Richterin erklärte ihm, die Geldstrafe könne




auch abgearbeitet oder eine Ersatzfreiheitsstrafe abgeleistet werden.

-  DATEN 30.01.2019, Göppingen, Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/amtsgesicht-goeppingen-facebook-hetzer-muss-1800-euro-strafe-zahlen.f0824499-d00c-4ba2-9451-ad5820011a90.html>
-

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Malterdingen kam es am 31. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 31.01.2019, Malterdingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
-

Geldstrafe für Facebook-Hetze



Für seinen Kommentar, in einem braunen Eisenbahnwaggon durch einen Torbogen mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ fahren zu wollen, auf der Seite „AfD Bilde dir deine eigene Meinung“ bei Facebook, musste sich ein 35-Jähriger aus Ditzingen am 31. Januar vor dem Amtsgericht Ludwigsburg verantworten. Sein im Mai 2018 verfasster Post war von der Meldestelle respect! des Demokratie-zentrums Baden-Württemberg entdeckt und bei der Polizei angezeigt worden. Bei der Verhandlung bezeichnete der Mann seinen Kommentar als „dummes unüberlegtes Dahinschreiben“. Er habe den Chat auf der Seite, in dem es um einen herabwürdigenden Vergleich von Europäern und Afrikanern ging, verfolgt und kommentiert. Den Kommentar habe er nicht als Volksverhetzung gesehen. Gegen Ausländer habe er nichts, er habe selbst ausländische Wurzeln und einen Freundeskreis aus unterschiedlichen Nationen.

Dass er seine Tat eingestanden und die Unüberlegtheit seines Kommentars eingeräumt hat, sah die Richterin als strafmildernd an und belegte ihn nicht mit einer Freiheitsstrafe, sondern lediglich mit einer Geldstrafe von 1.350 Euro.

-  **DATEN** 01.02.2019, Ditzingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 04.10.2019
-  **QUELLE** Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.verhandlung-am-amtsgericht-ludwigsburg-ditzinger-fuer-rechtsextreme-veroeffentlichung-bei-facebook-verurteilt.d7d31954-fbfa-4fdd-85a3-e70a9dfd7499.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Heilbronn kam es am 01. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  **DATEN** 01.02.2019, Heilbronn
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Leinfelden-Echterdingen kam es am 01. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdruck-

sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Hausfriedensbruch §123 StGB.

-  **DATEN** 01.02.2019, Leinfelden-Echterdingen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Neckarwestheim kam es am 03. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  **DATEN** 03.02.2019, Neckarwestheim
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

„Reichsbürger“ erscheinen nicht vor Gericht

Zu einer für den 6. Februar angesetzten Verhandlung am Villingener Amtsgericht sind die drei Angeklagten, die der „Reichsbürger“-Bewegung angehören sollen, nicht erschienen. Die Männer wollten im August 2018 gemeinsam mit mehreren anderen „Gesinnungsgenossen“ eine Zwangsäumung in Niedereschach verhindern.² Dabei war es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei gekommen, bei der drei Polizeibeamte und einer der sogenannten „Reichsbürger“ leicht verletzt wurden. Aufgrund des Vorfalls war gegen die drei Angeklagten am 28. November 2018 ein Strafbefehl erlassen worden, gegen den sie Einspruch eingelegt haben, und über den vor dem Amtsgericht in Villingen verhandelt werden sollte.

Da die Angeklagten der Verhandlung ohne Entschuldigung ferngeblieben sind und auch keine ordnungsgemäße Vertretung geschickt haben, wurde der Einspruch ohne eine Verhandlung zur Sache verworfen und der Strafbefehl wieder gültig.



-  **DATEN** 06.02.2019, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 04.10.2019
-  **QUELLE** Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.niedereschach-prozess-gegen-reichsbuerger-platz.ed0ad3fe-06dd-416e-9687-d1ebabd70fe6.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ammerbuch kam es am 07. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die



2 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 127.

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 07.02.2019, Ammerbuch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 07. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Raub §249 StGB.

 DATEN 07.02.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Durmersheim kam es am 07. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 07.02.2019, Durmersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Schorndorf kam es am 07. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 07.02.2019, Schorndorf
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

KSK Elite-Soldat suspendiert



Das Verteidigungsministerium hat laut SWR die Suspendierung eines Oberstleutnants beim Kommando Spezialkräfte (KSK) der

Bundeswehr in Calw bestätigt, berichtet die Pforzheimer Zeitung. Der Elite-Soldat soll ein Rechtsextremist sein und in Telefongesprächen bewaffneten Widerstand angekündigt haben. Wie die Bildzeitung berichtet haben soll, habe er geäußert, dass der Staat die Lage seit der Flut an Asylbewerbern nicht mehr im Griff habe und man müsse die alle zurückschicken.

 DATEN 08.02.2019, Calw, Internetaufruf: 04.10.2019
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Rechtsextremismus-Oberstleutnant-des-KSK-in-Calw-suspendiert-_arid,1277539.html



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Metzingen kam es am 09. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 09.02.2019, Metzingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neuenbürg kam es am 10. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



 DATEN 10.02.2019, Neuenbürg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Ermittlungen nach rechter Hetze in KZ-Gedenkstätte

Nach einem Vorfall am 10. Juli 2018, bei dem eine von der Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, aus ihrem Wahlkreis eingeladene Besuchergruppe vom Gelände der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen bei Berlin verwiesen wurde³, hat die Staatsanwaltschaft Neuruppin Vorwürfe wegen Volksverhetzung gegen zwei Männer aus dem Raum Bodensee-Oberschwaben erhoben. Die Beschuldigten sollen bei einer Führung durch die



3 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 128f.

Gedenkstätte die NS-Verbrechen verharmlost und die Existenz des Holocausts infrage gestellt haben.

-  DATEN 15.02.2019, Friedrichshafen (Bodenseekreis)/Berlin, Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/Vorwurf-der-Volksverhetzung-Konkrete-Ermittlungen-gegen-AfD-Gruppe-vom-Bodensee,ermittlungen-volksverhetzung-afd-bodensee-100.html>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 15. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

-  DATEN 15.02.2019, Heidelberg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ladenburg kam es am 17. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 17.02.2019, Ladenburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Stuttgart kam es am 17. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 17.02.2019, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

France 3 Alsace bricht Live-Übertragung auf Facebook-Seite ab

Wegen dutzender antisemitischer und rassistischer Kommentare hat der Fernsehsender France 3 Alsace am 20. Februar

seine Facebook-Live-Übertragung des Besuchs von Staatspräsident Emmanuel Macron auf dem geschändeten jüdischen Friedhof in Quatzenheim abgebrochen. Bereits wenige Minuten nach Beginn der Live-Übertragung „haben die verächtlichen und illegalen Kommentare unsere Möglichkeiten, sie zu mäßigen, bei weitem überschritten“, schrieb ein Digitalredakteur des Senders in einem im Internet veröffentlichten Text. „Wir reden nicht über dumme oder themenfremde Kommentare oder gar Anti-Macron-Kommentare (...). Wir reden über explizite Aufrufe zum Mord, offen antisemitische und rassistische Kommentare, ‚Heil Hitler‘, ‚schmutzige Juden‘ oder ‚dreckige Juden‘, die an Herrn Macron oder Vertreter der jüdischen Gemeinde gerichtet sind“, hieß es in der Erklärung weiter.

-  DATEN 20.02.2019, Region Elsass, Internetaufruf: 21.12.2019
-  QUELLE L'Alsace <https://www.lalsace.fr/actualite/2019/02/20/cimetiere-profane-france-3-alsace-suspend-un-live-apres-un-flot-de-commentaires-antisemites>



Sachbeschädigung bei AfD-Politiker

Unbekannte haben in der Nacht zum 19. Februar den Briefkasten eines die AfD Rems-Murr im Regionalparlament der Region Stuttgart vertretenden Politikers aus Schwaikheim mit Bauschaum gefüllt. Außerdem wurde ein Schriftstück mit politischen Parolen und einem Bild des Mannes so angebracht, dass ein Klebeband seinen Mund verschließt.

Nach dem Vorfall wurde auf der linksgerichteten Onlineplattform „Indymedia“ ein mutmaßliches Bekennerschreiben eines „Antifa-Kreativteams Schwaikheim“ eingestellt, in dem zu lesen war: „Wer sich an vorderster Front an den Schweinereien der AfD beteiligt, muss mit gezieltem Gegenwind rechnen.“

Der geschädigte Regionalpolitiker bezeichnete die Täter auf der AfD-Webseite als „feige Demokratieverächter“.

Der Staatsschutz hat Ermittlungen eingeleitet.




-  DATEN 20.02.2019, Schwaikheim (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 17.07.2020
-  QUELLE Stuttgarter Zeitung <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-regionalrat-bauschaum-im-briefkasten.4101d78f-3639-4a83-b147-5f49b527829d.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Nußloch kam es am 21. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen

nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 21.02.2019, Nußloch
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ottenbach kam es am 21. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 21.02.2019, Ottenbach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Offenburg kam es am 22. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 22.02.2019, Offenburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Pforzheim kam es am 23. Februar unter dem Motto „Fackelmahnwache zum Gedenken an die Bombardierung von Pforzheim 1945“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten, organisiert vom Freundeskreis ein Herz für Deutschland (FHD).




-  DATEN 23.02.2019, Pforzheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18207
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918207.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Renningen kam es am 24. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle

gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 24.02.2019, Renningen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 25. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 25.02.2019, Freiburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

TSG Hoffenheim erteilt drei Fans Stadionverbot

Aufgrund rechtsextremistischer Äußerungen rund um ein Champions-League-Spiel bei Olympique Lyon hat der Fußball-Bundesligist TSG 1899 Hoffenheim gegen drei Fans bundesweite Stadionverbote für 12, 24 und 36 Monate ausgesprochen. Getroffen wurde die Entscheidung von der Stadionverbotskommission, sie besteht aus Stadionverbotsbeauftragtem, Fanbetreuung und Fanprojekt. Die TSG Hoffenheim stehe für Toleranz, Integration und Respekt und verurteile die Vorkommnisse. In den Teams der TSG sind Spielerinnen und Spieler aus 34 Nationen aktiv, „die erfolgreiche Einheiten bilden“, heißt es außerdem in der Mitteilung des Vereins vom 25. Februar.

-  DATEN 26.02.2019, Zuzenhausen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 26.03.2019
-  QUELLE Mannheimer Morgen
https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-1899-hoffenheim-stadionverbote-fuer-drei-tsg-fans-_arid,1407507.html

Gleich zwei „Reichsbürger“ vor Gericht

Ein 53-jähriger sogenannter „Reichsbürger“ musste sich am 27. Februar vor dem Waiblinger Amtsgericht verantworten, weil er sich Beamten widersetzt hatte, als diese ihn im August 2018 mit einem Vollstreckungsbescheid wegen nicht bezahlter Geldstrafen aufgesucht hatten.


Da er nicht zum Gerichtstermin erschienen war, musste der in Waiblingen lebende Mann zwangsweise vorgeführt werden. Während der gesamten Verhandlung blieb er stehen und gab an, das Gericht und das ganze „Konstrukt“ der Bundesrepublik Deutschland


nicht anzuerkennen. Auch auf die Ansprache mit seinem Nachnamen regierte er mit einer Belehrung des Richters, dass die Personenangaben, mit denen er zum Prozess geladen worden sei, nicht stimmten und er „Christoph, der lebende Mann“ sei.


Den körperlichen Widerstand und Beschimpfungen, wie „Stasi“, „SA“, „Drecksäcke“, „Schweine“ und „Arschlöcher“, gegen die Vollstreckungsbeamten räumte der Mann während der Verhandlung ein. Er habe die Beamten aber nicht beleidigt, sondern lediglich mit diesen verglichen. Ebenso gab er zu, dass er bei dem Vollstreckungsbesuch heimlich eine Tonaufnahme mit dem Handy gemacht habe. Er vertrat aber die Auffassung, er habe auch das Recht dazu gehabt, da sich die Beamten nicht ausgewiesen hätten und es sich ja – seinem Weltbild folgend – nicht um legitimierte Vollstreckungsbeamte gehandelt habe.


Da der Mann einschlägig vorbestraft ist und auch keine positive Sozialprognose vorlag, blieb der Richter mit seinem Urteil von sechs Monaten Haft ohne Bewährung nur knapp unter dem vom Staatsanwalt geforderten Strafmaß von sieben Monaten.

Auch im nächsten Prozess musste der Richter gegen einen sogenannten „Reichsbürger“ verhandeln. Dieser war wiederholt ohne gültige Fahrerlaubnis gefahren und erkennt ebenfalls die Regeln der Bundesrepublik Deutschland nicht an. Noch am Tag vor der Verhandlung war er bei einer Kontrolle ohne Führerschein erwischt worden, dabei soll er der Polizei gegenüber geäußert haben, dass er nicht zum Gerichtstermin erscheinen werde. Auch er musste zwangsweise vorgeführt werden.

 DATEN 27.02.2019, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 04.10.2019

 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.zwei-prozesse-am-amtsgesicht-waiblingen-reichsbuerger-beschaeftigten-die-justiz.d8d0ee83-a5fd-4a87-a3b5-e7b552040c4d.html>


 DATEN 28.02.2019, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 04.10.2019

 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.waiblingen-reichsbuerger-muss-fuer-halbes-jahr-ins-gefaengnis.48d33d99-5ccb-4c8a-86c4-b0f3df0788d7.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinheim kam es am 27. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.


 DATEN 27.02.2019, Weinheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ilvesheim kam es am 28. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 28.02.2019, Ilvesheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 01. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  DATEN 01.03.2019, Freiburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten/ Rechte mieten Halle von Kaninchenzüchtern für Konzert


In Bitz fand am 02. März ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Kommando 192“, „Germanium“ und „Kodex Frei“ auf.




-  DATEN 02.03.2019, Bitz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>

Ein Konzert mit Neonazi-Bands planten Rechtsradikale am 2. März und hatten dafür unter dem Vorwand einer privaten Geburtstagsfeier die Halle des Kaninchenzüchtervereins in Bitz angemietet. Rund einhundert Besucher wurden an dem bis dahin geheim gehaltenen Veranstaltungsort erwartet, der im Vorfeld nur als „irgendwo in Süddeutschland“ genannt wurde. Erst am Abend des Konzerts war dann ein Parkplatz im nahegelegenen Gammertingen als Treffpunkt angegeben worden, von dem die Besucher zur Halle der Kaninchenzüchter geleitet wurden.

Sowohl der Kaninchenzüchterverein als auch der Bürgermeister von Bitz hatten von dem geplanten Konzert in ihrem Ort nichts gewusst. Solange keine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit bestand, hätte die Gemeinde die private Veranstaltung aber auch nicht verhindern können.

Die Polizei war im Vorfeld über das geplante Konzert informiert und hatte Beamte in Zivil vor Ort, um im Ernstfall einzugreifen. Da alles ohne Auffälligkeiten abgelaufen ist, wurde ein Polizeieinsatz aber nicht notwendig, auch Ermittlungen wurden nicht eingeleitet. Ob die rechten Bands tatsächlich aufgetreten sind, war laut SWR bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.




-  DATEN 06.03.2019, Bitz (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 07.10.2019

-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/Bitz-Rechtsradikaltreffen-sich-bei-Kaninchenzuechtern,meldung-26890.html>
-  DATEN 07.03.2019, Bitz (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 07.10.2019
-  QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Nazi-Konzert-bei-Kaninchenzuechtern-406879.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bruchsal kam es am 02. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinlichliche Sachbeschädigung §304 StGB.

-  DATEN 02.03.2019, Bruchsal
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Bruchsal fand am 02. März ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Renitenz“ auf.

-  DATEN 02.03.2019, Raum Bruchsal
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Tübingen kam es am 02. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  DATEN 02.03.2019, Tübingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Oftersheim kam es am 03. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 03.03.2019, Oftersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 03. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 DATEN 03.03.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>




Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Rhein-Neckar fand am 04. März ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt, organisiert durch die rechtsextreme Partei NPD/JN. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Renitenz“ auf.

 DATEN 04.03.2019, Raum Rhein-Neckar
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Staufen kam es am 10. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.



 DATEN 10.03.2019, Staufen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Sachbeschädigungen bei AfD-Landtagsabgeordneter

In der Nacht zum 11. März wurden Farbschmierereien und Beschädigungen am Auto und dem Wohnhaus einer AfD-Landtagsabgeordneten in Beilstein-Schmidhausen verübt. Die unbekanntesten Täter haben das Auto und Pflastersteine des Abstellplatzes mit roter Lackfarbe übergossen; an die Hauswand wurde mit großen Buchstaben „AFD angreifen“ gesprüht. Außerdem wurden ein Briefkasten besprüht und die Glasscheibe in der Tür einer Einlieger-



wohnung eingetreten. Die Polizei ging von einem politischen Motiv für die Straftat aus und bat Zeugen, sich zu melden.

Die betroffene Landtagsabgeordnete bezeichnete die Tat auf Ihrer Facebook-Seite als einen „feigen und hinterhältigen Angriff“ und ordnete sie „Linksfaschisten“ zu.

 DATEN 11.03.2019, Beilstein (Landkreis Heilbronn),
 Internetaufruf: 17.07.2020
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/polizei/heilbronn/Haus-und-Auto-einer-AfD-Landtagsabgeordneten-beschaedigt;art1491,4166011>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Achstetten kam es am 12. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 12.03.2019, Achstetten
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Achstetten kam es am 13. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.03.2019, Achstetten
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Hakenkreuzschmierereien in Leonberg

Ein Hochbehälter der Leonberger Stadtwerke wurde von unbekanntesten Tätern mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert. Wann genau die Schmierereien angebracht wurden, ist nicht bekannt, entdeckt wurden sie Anfang der 11. Kalenderwoche. Die Stadtwerke haben Strafanzeige gegen unbekannt bei der Polizei gestellt und eine Belohnung von 500 Euro für Hinweise auf die Verursacher ausgesetzt.

 DATEN 15.03.2019, Leonberg (Landkreis Böblingen),
 Internetaufruf: 07.10.2019
 QUELLE Leonberger Kreiszeitung
<https://www.leonberger-kreiszeitung.de/inhalt.leonberg-hakenkreuze-an-hochbehaelter-gemalt.b88d7adb-2acd-484b-83c3-155564fa6c8c.html>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Möglingen kam es am 15. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 15.03.2019, Möglingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 15. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



 DATEN 15.03.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Anklage wegen Angriff auf Eisdiele in Wiesloch

Wegen eines fremdenfeindlichen Angriffs auf Gäste einer Eisdiele im September 2018⁴ wurde gegen sechs Männer Anklage beim Amtsgericht Wiesloch erhoben.



Die zwischen 24 und 36 Jahre alten Angeklagten sollen türkisch- und portugiesischstämmige Familien im Außenbereich der Wieslocher Eisdiele angegriffen und dabei fünf Personen leicht verletzt haben. Bei ihrem Überfall sollen sie auch den Hitler-Gruß gezeigt und „Heil Hitler!“ gerufen haben. Einer der Angreifer war zum Tatzeitpunkt als Mechaniker bei der Polizei beschäftigt, er wurde sofort nach dem Vorfall von seinen Aufgaben entbunden und freigestellt.

Die Anklage lautete auf Verdacht der gefährlichen Körperverletzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Tateinheit mit Volksverhetzung.

 DATEN 19.03.2019, Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 08.10.2019
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Fremdenfeindlicher-UEberfall-auf-Eisdiele-Anklage-erhoben;art19070,4169931>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ebersbach kam es am 19. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 19.03.2019, Ebersbach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Karlsruhe kam es am 19. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Nötigung §240 StGB.

 DATEN 19.03.2019, Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Villingen-Schwenningen kam es am 19. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.

 DATEN 19.03.2019, Villingen-Schwenningen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>


Unterzeichner der „Aufstehen gegen Rassismus“ Kampagne auf „Feindliste“ der Rechten


Wie der Schwarzwälder Bote berichtet, haben rechte Web-Portale wie „Deutschland-Report“ eine Liste mit Namen und beruflichen Funktionen von Erstunterzeichnern der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ veröffentlicht. Es soll auch gefordert worden sein, dass der Verfassungsschutz die aufgelisteten Gegner der AfD überwachen solle.

Auch ein Tennistrainer und Vereinsberater aus Horb am Neckar tauchte auf der Liste auf. „Die haben wohl erst mal erreicht, was sie wollten: dass ich schlecht geschlafen habe“, wird er zitiert. Er sehe in solchen Auflistungen auch „häufig versteckte Aufrufe an lokale rechte Dumpfbacken, ‚aktiv‘ zu werden“, heißt es weiter,

4 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 130f.

und er lasse die Möglichkeiten, gegen die Veröffentlichung vorzugehen, juristisch prüfen.


 DATEN 20.03.2019, Horb am Neckar (Landkreis Freudenstadt), Internetaufruf: 08.10.2019


 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt/horb-a-n-tennistrainer-landet-auf-rechter-feindliste.1a37c090-2b2a-4c10-8286-66d5e37516c5.html>

Hass-Briefe an Initiatorin von „Omas gegen rechts“

„Wir lassen dich vom grauen Bus aus der psychiatrischen in Weißenau abholen. Der bekannte und allorts beliebte Dr. Josef Mengele jun. wartet dort schon auf dich“ – diese und andere Beschimpfungen, bis hin zu Morddrohungen, waren auf einer Postkarte an die Initiatorin des Bündnisses „Omas gegen rechts“ in Nagold zu lesen, die der Frau Anfang Februar aus Pforzheim zugeschickt wurde. Auch wenn sie im ersten Moment geschockt gewesen sei, als sie die Zeilen gelesen habe, empfinde sie eher Mitgefühl als Groll gegen den Absender, sagte sie gegenüber dem Schwarzwälder Boten. Und dass „schon einiges in diesem Leben lebenslang dramatisch schief gelaufen“ sein müsse, wenn „solch eine Hass-Botschaft“ dabei herauskommt.

Wegen der Postkarte haben die „Omas gegen rechts“ Anzeige gegen unbekannt erstattet, der Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen.


 DATEN 20.03.2019, Nagold (Landkreis Calw), Internetaufruf: 08.10.2019


 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt/nagold-hass-briefe-richten-sich-an-omas-gegen-rechts.c247a41d-be30-40b0-b105-a44189e49d4f.html>

Erneuter Eklat im Landtag wegen Wolfgang Gedeon

Mit der Aussage, dass der Kolonialismus Zeichen dafür sei, „dass die europäische weiße Rasse anderen Völkern und Ethnien zivilisatorisch weit überlegen war.“ Und man könne sagen, „dass man den Völkern dort eine Menge an Blut, eine Menge an Schweiß erspart hat durch die Kolonialisierung“, hat der bereits in der Vergangenheit wegen rassistischer Äußerungen kritisierte fraktionslose AfD-Politiker Wolfgang Gedeon⁵ am 20. März für Aufregung im Baden-Württembergischen Landtag gesorgt. Mehrere Abgeordnete warfen ihm deshalb Rassis-

mus vor. Gegenstand der Landtagsdebatte, bei der die Äußerungen fielen, war die Rückgabe einer Bibel und einer Peitsche an Namibia.


 DATEN 20.03.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 08.10.2019


 QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-afd-politiker-sorgt-fuer-eklat-im-landtag-_arid,2249203.html

Geldstrafe für rassistischen Kommentar auf Youtube

Ein 64-jähriger Mann musste sich vor dem Tübinger Amtsgericht wegen Volksverhetzung verantworten, weil er im März 2018 einen rassistischen Kommentar zu einem Reisevideo über Gambia auf Youtube gepostet hatte. In seinem Text, der von angeblichen Unterschieden zwischen „Negern und Weißen“ handelte, schrieb er unter anderem, Europa müsse sich „mit Minen und Selbstschussanlagen“ gegen „marodierende Negerhorden“ schützen, und die Afrikaner liebten es zu „schnackeln“, würden sich aber keine Gedanken machen, wie sie ihre Kinder ernähren können. Nachdem ein Youtube-Nutzer aus Düsseldorf wegen des Kommentars Anzeige erstattet hatte, hat die Polizei die Identität des 64-jährigen Tübingers ermittelt und das Amtsgericht einen Strafbefehl über 6.000 Euro gegen ihn erlassen, gegen den der Mann Widerspruch eingelegt hat.

Bei der Verhandlung forderte der ohne Anwalt erschienene Angeklagte zunächst einen Freispruch oder die Einstellung des Verfahrens. Er sei kein Rassist und habe lediglich eine Äußerung wiederholt, die Gloria von Thurn und Taxis im Jahr 2001 gemacht habe. Weshalb er dafür bestraft werden solle, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Später in der Verhandlung räumte der bereits 2012 wegen eines Hass-Kommentars gegen die Einwohner Rumäniens verurteilte 64-Jährige die Volksverhetzung jedoch ein und beschränkte seinen Widerspruch auf die Höhe des Strafbefehls. Er sei schwerbehindert und arbeitslos, Sozialleistungen erhalte er nicht. Die Richterin reduzierte die Geldstrafe daraufhin auf 840 Euro.

 DATEN 20.03.2019, Tübingen, Internetaufruf: 26.03.2019



 QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Amtsgericht-Geldstrafe-wegen-Hetze-im-Netz-408418.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bonndorf kam es am 21. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

5 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle in Baden-Württemberg – Monitoring 2016, S. 29f.




Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß dem Waffengesetz (WaffG).

 DATEN 21.03.2019, Bonndorf
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Grundhof kam es am 21. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 21.03.2019, Grundhof
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 22. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 22.03.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bad Waldsee kam es am 22. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.03.2019, Bad Waldsee
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 22. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.03.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Donaueschingen kam es am 23. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 23.03.2019, Donaueschingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Oberkirch kam es am 24. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.03.2019, Oberkirch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Mutmaßlicher Salafist wegen Vergewaltigung vor Gericht

Wegen dreifacher Vergewaltigung und zweifacher Freiheitsberaubung, eine davon mit gefährlicher Körperverletzung, begangen an zwei 19 und 33 Jahre alten Frauen, musste sich im März ein 33-Jähriger vor dem Ulmer Landgericht verantworten. Der in Ulm wohnhafte Angeklagte soll nach Angaben der Südwestpresse „Sympathisant salafistischer Strömungen“ sein und mit beiden Frauen eine Ehe nach islamischem Recht geführt haben. Gegen beide Frauen soll es zu gewalttätigen Übergriffen gekommen sein, außerdem habe der Angeklagte massiv in die Lebensgestaltung seiner beiden Partnerinnen eingegriffen. „Insbesondere bei der Durchsetzung seiner sexuellen Bedürfnisse habe der Angeklagte sich darauf berufen, dass seine Ehefrauen ihm nach seinem Glauben sexuell zur Verfügung stehen müssten“, berichtet die Südwestpresse weiter. Um die Intimsphäre sowohl der Opfer als auch des Täters zu wahren, fand der Prozess auf Antrag der Verteidigung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

 DATEN 25.03.2019, Ulm, Internetaufruf: 17.07.2020
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/prozess-unter-ausschluss-der-oeffentlichkeit-30520441.html>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 26. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Baden-Baden kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Baden-Baden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Durmersheim kam es am 26. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Durmersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Karlsruhe kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 26.03.2019, Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Rottenburg kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Rottenburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Stuttgart kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 26.03.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Ulm kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Fellbach kam es am 27. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 27.03.2019, Fellbach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ulm kam es am 27. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 27.03.2019, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ulm kam es am 28. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.03.2019, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Polizeieinsatz wegen „Reichsbürger“



In Haslach wurde die Polizei am 21. März ins Rathaus gerufen, weil dort ein 28-jähriger Mann beleidigend auftrat. Auch die Polizisten wurden von ihm beleidigt, als sie den bereits mehrmals auffällig gewordenen Mann abführten. Wie sich weiter herausstellte, war der 28-Jährige auch ohne einen Führerschein zu besitzen mit einem Motorroller beim Rathaus vorgefahren. Ermittlungen gegen ihn wegen Beleidigung und Fahrens ohne Führerschein wurden eingeleitet.

Wie die Polizei dem Schwarzwälder Boten bestätigte, gehört der 28-Jährige den sogenannten „Reichsbürgern“ an und hatte das Haslacher Rathaus aufgesucht, um sich „abzumelden“.

 DATEN 29.03.2019, Haslach im Kinzigtal (Ortenaukreis), Internetaufruf: 10.10.2019
 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.haslach-ik-reichsbuerger-randaliiert-im-rathaus.6ea2c6c3-6ab6-47b4-933c-e60cf55d06f0.html>



Hakenkreuzschmierereien an Telefonladen

Am Abend des 28. März haben zwei Unbekannte das Schaufenster eines Heilbronner Handyladens mit dem Spruch „Gutes Zeichen von Hitler in schlechten Ruf“ und zwei Hakenkreuzen beschmiert. Sie wurden dabei von einer Überwachungskamera aufgezeichnet. Der Betreiber des Geschäfts, ein 23-jähriger gebürtiger Afghane, hatte keinen Verdacht, wer die Täter gewesen sein könnten. Er vermutete, die Schmierereien richteten sich generell gegen Ausländer.

 DATEN 29.03.2019, Heilbronn, Internetaufruf: 10.10.2019
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/region/Hakenkreuze-an-Schaufenster-geschmiert;art140897,4174629>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 29. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.03.2019, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 30. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (VersG).

 DATEN 30.03.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 30. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 30.03.2019, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Balingen kam es am 31. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 31.03.2019, Balingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 03. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 03.04.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 04. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 04.04.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Remchingen kam es am 05. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.04.2019, Remchingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Dauchingen kam es am 06. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 06.04.2019, Dauchingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Karlsruhe gab es am 06. April eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der rechtsextremen Partei „Die Rechte“. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Rebell“ sowie weitere Liedermacher auf.

 DATEN 06.04.2019, Raum Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten





In Backnang kam es am 07. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 07.04.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 08. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern und zu islam-feindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 08.04.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Heilbronner JVA-Bedienstete müssen sich wegen Nazi-Bildern verantworten

Weil sie per Whatsapp Hitler-Bilder und Hakenkreuze geteilt haben, hat die Heilbronner Staatsanwaltschaft Strafbefehle gegen zwei JVA-Bedienstete wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen beantragt⁶. Gegen einen dritten Beschuldigten kommt noch der Vorwurf der Volksverhetzung hinzu,

6 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 139.

außerdem liege noch ein Verstoß gegen das Waffengesetz vor. Gegen ihn wurde Anklage beim Amtsgericht Heilbronn erhoben. Entdeckt wurden die Whatsapp-Nachrichten im Zuge eines Ermittlungsverfahrens zu Korruption und Drogenhandel von Justizbeamten im Heilbronner Gefängnis.

DATEN 10.04.2019, Heilbronn, Internetaufruf: 10.10.2019
QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/region/Nazi-Bilder-haben-Konsequenzen-fuer-Heilbronner-JVA-Bedienstete;art140897,4180272>

Fußballer rassistisch beleidigt

Bei einem Fußballspiel des TSV Herbrechtingen gegen den SV des Herbrechtinger Ortsteils Bissingen am 7. April wurde ein aus Brasilien stammender TSV-Spieler nach einem Zweikampf von einem Zuschauer als „Bananenfresser“ beschimpft. Andere Zuschauer hätten aber gleich eingegriffen und mit der klaren Forderung „Hör auf!“ gegen den Hetzer reagiert.

Der SV Bissingen entschuldigte sich auf seiner Facebook-Seite für den Vorfall. „Wir verurteilen dies aufs Schärfste und distanzieren uns klar von diesen Aussagen“, auch sei der betreffende Zuschauer weder Mitglied noch „Fan“ des SV Bissingen, schrieb der Verein.

DATEN 10.04.2019, Herbrechtingen (Landkreis Heidenheim), Internetaufruf: 10.10.2019
QUELLE Heidenheimer Zeitung
<https://www.hz.de/sport/fussball-ostwuerttemberg/sv-bissingen-distanziert-sich-von-rassistischen-aeusserungen-eines-zuschauers-31341474.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pforzheim kam es am 10. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 10.04.2019, Pforzheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Reutlingen kam es am 11. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen

und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB, Volksverhetzung §130 StGB und Üble Nachrede §186 StGB.

DATEN 11.04.2019, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ravensburg kam es am 13. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 13.04.2019, Ravensburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

AfD-Mitarbeiter mit Neonazi-Vergangenheit

Wie die Schwäbische Post berichtet, hat ein Jurist, der die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württembergischen berät, eine neonazistische Vergangenheit. Er soll, vor deren Verbot 2009, zeitweilig die rechtsextreme „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) geleitet haben. In einem AfD-Gutachten vom Verfassungsschutz des Bundes soll von einer Vergangenheit des Beraters bei der NPD berichtet werden. Auch der Brandenburgische Verfassungsschutz soll ihn schon 2002 als „NPD-Aktivisten“ eingestuft haben. Obwohl NPD und HDJ auf der Unvereinbarkeitsliste für eine AfD-Mitgliedschaft stehen, soll der Jurist Mitglied der Partei sein. Ehemalige Mitglieder extremistischer Organisationen könnten mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Landesvorstands in die Partei aufgenommen werden, berichtet die Schwäbische Post weiter.

Eine Beratertätigkeit, die der Mann am 1. April für die AfD-Fraktion im bayerischen Landtag aufgenommen hatte, soll nach Medienberichten aufgrund seiner Vergangenheit bereits nach wenigen Tagen von der Partei wieder beendet worden sein. Eine Stellungnahme der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag hat die Schwäbische Post, ebenso wie ein angefragtes Interview mit dem Berater selbst, nicht erhalten.

DATEN 15.04.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 26.04.2019
QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1773992/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sulzbach kam es am 15. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 15.04.2019, Sulzbach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Hakenkreuze und Vandalismus in Zell im Wiesental

Ein Spielplatz im Zeller Ortsteil Mambach wurde in der Nacht vom 13. zum 14. April zum Ziel unbekannter Vandalen. Spielgeräte, Sitzbänke und Schilder wurden mit Hakenkreuzen und antisemitischen und ausländerfeindlichen Symbolen beschmiert und verwüstet, Tische und andere Gegenstände in einem nahegelegenen Schuppen wurden angezündet.

Die Stadt Zell hat eine Belohnung von 200 Euro für Hinweise auf die Verursacher ausgesetzt, der angerichtete Sachschaden betrug etwa 1.000 bis 1.200 Euro.

DATEN 16.04.2019, Zell im Wiesental (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 26.04.2019
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/zell-im-wiesental/zerstoerungswut-und-hakenkreuze--171248912.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Wangen kam es am 18. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB und Körperverletzung §223 StGB.

DATEN 18.04.2019, Wangen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

„Reichsbürger“ soll 9.000 Euro Strafe zahlen

Ein 61 Jahre alter gelernter Elektroniker aus Haigerloch stand wegen Nötigung vor dem Balingener Amtsgericht. Mit Schildern an Eingangs- und Terrassentür, die mit Lebensgefahr durch elektronische Sicherungen warnten, hat der den sogenannten „Reichsbürgern“ nahestehende Mann einen Gerichtsvollzieher und die Polizei davon abgehalten, sein Haus zu betreten. Auch werde jeder Versuch, in sein Reich einzudringen, von Überwachungs-

kameras aufgezeichnet und auf „weltweiten Servern“ gespeichert, war zu lesen.

Der 61-Jährige, der angab, der Bundesrepublik „nicht ganz wohlgesonnen“ und auch kein deutscher Staatsbürger zu sein, aber ein „Mensch“, stritt eine Nötigung bei der Verhandlung ab. Für seine Tür habe er eine elektronische Schließanlage eingebaut, die man nur mit einem Chip öffnen kann, „ähnlich wie bei Banken“. Auf der Terrasse habe er den Hinweis angebracht, weil ein Kältemittel ausgelaufen sei, durch das man sich beim Betreten statisch aufladen und, wenn man dann einen Fuß auf die Erde setze, einen Stromschlag erhalten könne. Der Gerichtsvollzieher habe außerdem nur einen Dienstausweis vorgezeigt, aber keinen Amtsausweis als Nachweis, „dass er vollstrecken darf“.

Das Balingener Amtsgericht verurteilte den 61-Jährigen für die Nötigung zu einer Geldstrafe von 360 Tagessätzen à 25 Euro. Dieser kündigte an, gegen das Urteil vorzugehen und bat darum, ihm künftig einen Pflichtverteidiger zur Seite zu stellen.

DATEN 19.04.2019, Balingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 11.10.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.balingen-haigerloch-sogenannter-reichsbuerger-wegen-noetigung-verurteilt.fc6ea27a-1583-407a-808e-09fc5d3b5cc8.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 19. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 19.04.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Rechte Schmierereien in Sulzbach

In Sulzbach an der Murr ist eine Bahnstrecke mit rechten Parolen wie „Wacht auf! NS jetzt“, „Asylanten raus“ und „Refugees not welcome here“ beschmiert worden. Außerdem haben die unbekanntesten Täter Namen und teilweise Adressen linker Politiker und Personen an die Wände gesprüht. Der Hauptamtsleiter der Gemeinde bezeichnete die Auflistung der Namen als „eine neue Dimension, die wirklich ganz furchtbar ist.“ Die Gemeindeverwaltung hat Anzeige gegen unbekannt erstattet. Auch der in den Schmierereien namentlich genannte Ansprechpartner der Partei „Die Linke“ – Ortsverband Backnang und Umgebung kündigte gegenüber der Backnanger Kreiszeitung an: „Ich werde natürlich Anzeige erstatten.“ Wie die Zeitung weiter

berichtet, wurden die Ermittlungen vom Staatsschutz der Polizei übernommen.

Laut Backnanger Kreiszeitung sind einige der in den Schmierereien genannten Personen schon früher das Ziel von rechten Aktionen gewesen. Ihre Wohnhäuser wurden mit Farbe beschmiert und Ähnliches. Auch Wahlplakate der SPD und der Grünen in Sulzbach seien mit Parolen wie „Volksverrat“ verunstaltet worden.

Im Jahr 2018 wurden im Rems-Murr-Kreis 139 der insgesamt 219 politisch motivierten Straftaten im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Aalen verübt, von denen 102 dem rechten und 21 dem linken Spektrum zugeordnet werden konnten. Im Ostalbkreis gab es im gleichen Zeitraum 52 politisch motivierte Delikte und im Landkreis Schwäbisch Hall 28.

DATEN 20.04.2019, Sulzbach an der Murr (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 11.10.2019

QUELLE Backnanger Kreiszeitung
<https://www.bkz.de/nachrichten/rechte-schmierereien-in-sulzbach-13624.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Fellbach kam es am 22. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.04.2019, Fellbach

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 22. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 22.04.2019, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Hakenkreuze an Heidelberger Gymnasium

Am Haupteingang eines Heidelberger Gymnasiums haben Unbekannte alle sechs Türflügel mit spiegelverkehrten Hakenkreuzen und anderen Tags und Wörtern besprüht. Ein Zeuge, der die Schmierereien am 19. April entdeckt hatte, informierte die Polizei. Das Staatsschutzdezernat der Kriminalpolizei Heidelberg hat die Er-

mittlungen übernommen und bat um Hinweise auf die unbekanntenen Täter.

DATEN 23.04.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 11.10.2019

QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg/polizeibericht-heidelberg_artikel,-heidelberg-bunsen-gymnasium-mit-hakenkreuzen-beschmiert-_arid,435484.html

Falsch gemaltes Hakenkreuz

In Lorch im Remstal haben Unbekannte eine Grillhütte mit einem falsch gemalten Hakenkreuz und Zahlen in schwarzer Farbe verschmiert. Der dabei entstandene Schaden wurde mit 500 Euro angegeben.

DATEN 24.04.2019, Lorch (Ostalbkreis), Internetaufruf: 26.04.2019

QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1776649/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 24. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 24.04.2019, Stuttgart



QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Anonyme Bedrohung eines Heidelberger Journalisten und Lokalpolitikers

Mit dem Namen seines Sohnes, dem Spruch „Papa tötet dich“ und einem Kreuz haben Unbekannte am 1. April das frühere Wohnhaus eines Journalisten in Heidelberg beschmiert. Der Journalist war Kandidat der SPD für die Heidelberger Kommunalwahl im Mai 2019, engagiert sich seit Jahrzehnten mit Zeitungsartikeln, Vorträgen und Internet-Blogs gegen Rechtsradikalismus und ist einer der Mitbegründer des Heidelberger „Netzwerk gegen Rechts“. Er selbst vermutete deshalb laut der Rhein-Neckar-Zeitung, dass die Tat eine Aktion aus der rechten Szene gewesen sei, die bundesweit mit Einschüchterung und Bedrohung gegen kritische Journalistinnen und Journalisten agiere. Bereits zuvor sei er im Internet regelmäßig beschimpft und bedroht worden, an seinem Auto seien Nazi-Aufkleber angebracht und viermal Reifen aufgeschlitzt worden. Dass die Schmierereien an seiner früheren Adresse stattfanden, führte der Journalist auf dilettantische Recherchen der Verursacher



zurück, auch sein Sohn sei bereits erwachsen und wohne nicht mehr in Heidelberg.

Der Journalist hat die Schmierereien bei der Polizei angezeigt, dort hat der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen.

 DATEN 25.04.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 11.10.2019
 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-anschlag-in-heidelberg-rechtsextremisten-wollten-linken-journalisten-offenbar-einschuechtern-_arid,435892.html



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Nord-Württemberg fand am 29. April ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache der rechtsextreme Sänger „Michael Regener“ auf.

 DATEN 29.04.2019, Nord-Württemberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>



Wenig Interesse für „Die Rechte“

Ein Infostand der rechtsextremen Kleinstpartei „Die Rechte“ stieß bei den Passanten auf dem Pforzheimer Marktplatz auf nur sehr wenig Interesse. Wie die Polizei der Pforzheimer Zeitung mitteilte, fanden sich die sechs Teilnehmer der Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl erst sehr verspätet ein, und nach nicht einmal einer halben Stunde sei das Ganze schon wieder beendet worden. Bei der Aktion wurden zwei schwarz-weiß-rote Reichsflaggen des deutschen Kaiserreichs geschwenkt.

 DATEN 30.04.2019, Pforzheim, Internetaufruf: 11.10.2019
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/bildergalerie_fotos,-Verspaetet-kurz-ohne-Resonanz-Infostand-von-Die-Rechte-_mediagalid,56901.html



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 01. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 01.05.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Efringen-Kirchen kam es am 01. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 01.05.2019, Efringen-Kirchen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 02. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 02.05.2019, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waibstadt kam es am 02. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 02.05.2019, Waibstadt
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Rechtsextreme Aufmärsche

In Sinsheim kam es am 04. Mai unter dem Motto „Sinsheim braucht mehr Sicherheit und Heimatliebe“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten, organisiert von NPD/JN.

 DATEN 04.05.2019, Sinsheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12548
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/125/1912548.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lörrach kam es am 05. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 05.05.2019, Lörrach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 07. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 07.05.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Mannheim kam es am 07. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 07.05.2019, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Schwäbisch Gmünd kam es am 07. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 07.05.2019, Schwäbisch Gmünd
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Antisemitische und migrantenfeindliche Schmierereien an Rathaus

In der Gemeinde Dieffenbach-lès-Woerth haben Unbekannte in der Nacht zum 8. Mai antisemitische und migrantenfeindliche Parolen an das Rathaus geschmiert. Die Ermittlungen gegen die unbekanntenen Täter wurden von Fahndern aus Wissembourg übernommen. Der Bürgermeister von Dieffenbach-lès-Woerth kündigte laut Polizeiangaben an, Anzeige zu erstatten.

 QUELLE 08.05.2019, Dieffenbach-lès-Woerth (Bas-Rhin),
 Internetaufruf: 27.01.2020
 QUELLE BFM TV
<https://www.bfmtv.com/police-justice/alsace-de-nouveaux-tags-antisemites-et-anti-migrants-sur-une-mairie-1687686.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 08. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



 DATEN 08.05.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

„Reichsbürger“ rammt Polizeiauto

Ein 59-jähriger sogenannter „Reichsbürger“ war von der Polizei in Bad Saulgau angehalten worden, weil er mit einem nicht mehr versicherten Auto unterwegs war, das zur Konkursmasse einer Schweizer Firma gehörte. Bei der Kontrolle lehnte der Mann die Zuständigkeit der Polizei ab, berief sich auf einen „Diplomatenstatus“ und fuhr davon. Bei seiner Flucht überfuhr er eine rote Ampel, umging eine Polizeisperre und rammte, bevor er gestoppt werden konnte, einen Streifenwagen der Polizei.

Laut Polizeiangaben waren gegen den sogenannten „Reichsbürger“ in der Schweiz und im Landkreis Sigmaringen Ermittlungsverfahren wegen Erpressung und Bedrohung anhängig. Er habe Behördenleitern damit gedroht, „Militär anzubieten und seine



Interessen mit Waffengewalt durchsetzen zu wollen.“ Am Abend des 8. Mai haben deshalb Durchsuchungen bei dem Mann stattgefunden. Weder in seinem Anwesen bei Ostrach noch in seinen Geschäftsräumen in Bad Saulgau wurden dabei aber Waffen, Sprengstoff oder andere gefährliche Stoffe entdeckt.

 DATEN 09.05.2019, Bad Saulgau (Landkreis Sigmaringen),
 Internetaufruf: 11.10.2019
 QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/land_artikel,-reichsb%C3%BCrger-fl%C3%BChtet-vor-polizei-und-rammt-streifenwagen-_arid,6139865.html

Brandstifterin vor Gericht

Am 10. Mai begann am Ulmer Landgericht der Prozess gegen eine 33-jährige Frau, der versuchter Mord und schwere Brandstiftung in mehreren Fällen vorgeworfen werden. Die Angeklagte hat zugegeben, im September 2018 vor einem türkischen Lebensmittelgeschäft in Geislingen an der Steige und in einer Asylunterkunft in Bad Überkingen zwei Feuer gelegt zu haben.⁷ Insgesamt befanden sich in den beiden Gebäuden 31 Menschen, verletzt wurde aber niemand. Als Begründung für ihre Tat führte die Frau Trunkenheit und Frust über eine gescheiterte Beziehung an, sie habe „irgendwie Menschen Angst machen“ wollen. Ein Nazi sei sie nicht.

In der Wohnung der Beschuldigten waren nach den Taten eine Hakenkreuz-Fahne sowie mehrere mit Hakenkreuzen und SS-Runen bemalte Blätter gefunden worden. Außerdem konnte ermittelt werden, dass sie in Chat-Mitteilungen Bezug auf Hitler genommen und über „Kanaken“ geschrieben habe, sie seien „auszurotten“. Gegenüber dem Richter räumte die transsexuelle Frau während der Verhandlung ein, eine Abneigung gegenüber Muslimen zu haben, seit sie vor etwa vier bis fünf Jahren von muslimischen Männern verhöhnt und beschimpft worden sei. Die Frage des Staatsanwalts, „Haben Sie sich mal überlegt, was mit Ihnen im ‚Dritten Reich‘ geschehen wäre?“, bejahte die 33-Jährige mit gesenktem Kopf.

 DATEN 10.05.2019, Ulm, Internetaufruf: 11.10.2019
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/angeklagte-gesteht-brandstiftung-in-asylunterkunft-30979889.html>





Antisemitismusbeauftragte monieren Wahlplakate

Plakate der extremistischen Partei „Die Rechte“ zur Europawahl sind von den Antisemitismusbeauftragten des Bundes und

⁷ Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 134.



von Baden-Württemberg als jüdenfeindlich kritisiert worden. Parolen wie „Israel ist unser Unglück“, „Schluss damit!“ oder „Wir hängen nicht nur Plakate“ auf den Wahlplakaten gefährdeten die öffentliche Sicherheit, sagte der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte, bei dem mehrere Beschwerden wegen dieser Form der Wahlwerbung eingegangen waren. Er forderte die Kommunen im Land auf, die Plakate zu entfernen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung sah in den Aussagen auf den Plakaten ein bewusstes Anknüpfen an die Hetze gegen Juden in der Propaganda der Nationalsozialisten, das nicht geduldet werden dürfe. Polizei- und Ordnungsgesetze der Bundesländer böten aus seiner Sicht „hinreichende Möglichkeiten dafür, dass die Kommunen dagegen vorgehen können“.

Auch der badische Landesbischof der evangelischen Kirche reagierte bestürzt auf die jüdenfeindlichen Wahlplakate der rechtsextremen Partei und bezeichnete sie als eine „bewusste Anspielung auf dunkelste Zeiten des Judenhasses in unserem Land“, der die evangelische Landeskirche scharf widerspreche. „Unsere jüdischen Geschwister können sich auf unsere Solidarität im Eintreten gegen Antisemitismus verlassen“ und „der Ungeist der Menschenverachtung und Ausgrenzung darf in unserer Gesellschaft keinen Raum haben“, sagte der Landesbischof weiter.

-  DATEN 10.05.2019, Stuttgart und Berlin, Internetaufruf: 14.10.2019
-  QUELLE Heilbronner Stimme <https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Beauftragte-fordern-Entfernung-antisemitischer-Wahlplakate;art19070,4193661>
-  DATEN 17.05.2019, Karlsruhe, Internetaufruf: 14.10.2019
-  QUELLE Heilbronner Stimme <https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landesbischof-empuert-ueber-Nazi-Parolen-auf-Wahlplakaten;art19070,4196884>

Rechtsextreme Aufmärsche



In Pforzheim kam es am 11. Mai unter dem Motto „Festung Europa – Für den Erhalt unserer Kulturen“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten, organisiert durch die rechtsextreme Partei „Die Rechte“.

-  DATEN 11.05.2019, Pforzheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12548 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/125/1912548.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten



In Sinsheim gab es am 11. Mai eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der

Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Barny“ auf.

-  DATEN 11.05.2019, Sinsheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 15. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 15.05.2019, Sersheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Tettngang kam es am 15. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

-  DATEN 15.05.2019, Tettngang
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Möckmühl kam es am 16. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 16.05.2019, Möckmühl
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Achstetten kam es am 17. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 17.05.2019, Achstetten
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten



In Baden-Württemberg (genauer Ort unbekannt) fand am 18. Mai ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Wegbereiter“ und „Zeitnah“ auf.

 DATEN 18.05.2019, Baden-Württemberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Extremistische Partei „Die Rechte“ skandiert „Verlasst Deutschland“ vor Synagoge



Aus einem Kleinbus heraus skandierten Anhänger der extremistischen Partei „Die Rechte“ am 20. Mai „Verlasst Deutschland“ vor einer Pforzheimer Synagoge. Der Auftritt war bei der Stadt angemeldet. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde bezeichnete den Vorfall als „unerträgliche Provokation“, ein Stadtrat der Grünen Liste kritisierte, dass die Stadt eine Genehmigung dafür erteilt hatte.

Aufgrund einer Anzeige eines Mitglieds der jüdischen Gemeinde wurde die für Staatsschutzdelikte zuständige Staatsanwaltschaft in Karlsruhe eingeschaltet. Dort werde geprüft, ob Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet werden, sagte der Erste Staatsanwalt gegenüber der Pforzheimer Zeitung. Wie die Zeitung mitteilte, sind Video-Aufnahmen des Vorfalls vorhanden, die mehr als 15.000 Betrachter bei Twitter erreicht haben sollen und auch im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurden.

 DATEN 20.05.2019, Pforzheim, Internetaufruf: 14.10.2019
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Die-Rechte-skandiert-vor-Synagoge-Verlasst-Deutschland-_arid,1295991.html



Schmierereien auf Radwegen bei Konstanz

Mehrere Sprüche und Zitate haben Unbekannte im Mai mit Schablonen auf Radwege im Raum Konstanz gesprüht. Zu lesen waren Inhalte wie „Chemtrails“, „Psychotronikholocaust“, „Grundgesetz Artikel 146“ oder „Haager Landkriegsordnung“, die laut den Behörden dem Kreis der sogenannten „Reichsbürger“ und Verschwörungstheoretiker zugeordnet werden könnten. Bereits im April 2018 hatte es eine ähnliche Sprayer-Aktion im Raum Konstanz gegeben. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise auf die Täter.

 DATEN 22.05.2019, Konstanz, Internetaufruf: 17.10.2019
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Schmierfinken-haben-erneut-auf-Radwegen-und-Strassen-rund-um-Konstanz-zugeschlagen;art372448,10157861>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Nußloch kam es am 22. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.05.2019, Nußloch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 22. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 22.05.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Esslingen kam es am 23. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 23.05.2019, Esslingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Reutlingen kam es am 25. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 25.05.2019, Reutlingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Staig kam es am 25. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache





nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 25.05.2019, Staig
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen



Am 25. Mai haben Unbekannte eine brennende Fackel auf das Lager einer französischen Roma-Familie am Ortsrand des Erbacher Stadtteils Dellmensingen geworfen. Kurz nach 23 Uhr sei ein dunkler Kleinwagen am Lager der Camper vorgefahren, aus dem vier oder fünf Personen etwas gerufen haben und dann eine davon die brennende Fackel in Richtung des Wohnwagens der Familie warf. Danach seien die Unbekannten geflüchtet, berichtete die Schwäbische Zeitung.

Die von den Angegriffenen verständigte Polizei stellte die Fackel sicher und bat Zeugen um Hinweise zu dem Anschlag. Polizei und Staatsanwaltschaft gingen von einem fremdenfeindlichen, anti-ziganistischen Motiv der Täter aus.

 DATEN 27.05.2019, Erbach (Alb-Donau-Kreis),
Internetaufruf: 04.07.2019
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/erbach_artikel,-unbekannte-werfen-brennende-fackel-und-versetzen-familie-in-angst-_arid,11060303.html
 DATEN 05.06.2019, Erbach (Alb-Donau-Kreis),
Internetaufruf: 04.07.2019
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/erbach_artikel,-angriff-mit-brennender-fackel-auf-roma-familie-polizei-geht-von-fremdenfeindlichem-motiv-aus-_arid,11064661.html



Folgemeldung zu „Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen“ vom 27.05.2019.

Der baden-württembergische Landesverband Deutscher Sinti und Roma will sich für die französische Roma-Familie einsetzen, wenn es zu einem Prozess kommt. Der Vorsitzende des Verbands sagte zu dem Vorfall in Erbach: „Ich bin sehr bestürzt über den Anschlag. Wir werden alles dafür tun, die Familie zu unterstützen“, berichtete die Südwestpresse.

 DATEN 11.06.2019, Mannheim, Internetaufruf: 14.10.2019
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/schockiert-ueber-anschlag-auf-familie-31380414.html>



Folgemeldung zu „Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen“ vom 27.05.2019.

Nach dem Anschlag auf das Lager einer Roma-Familie im Erbacher Stadtteil Dellmensingen Ende Mai hat das Stuttgarter Amtsgericht Haftbefehle gegen fünf deutsche Jugendliche im Alter zwischen 17 und 20 Jahren erlassen. Wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeipräsidium Ulm mitteilten, sind am 9. Juli zunächst insgesamt acht Tatverdächtige festgenommen und mehrere Wohnungen durchsucht worden. Wegen eines möglichen politischen Motivs der Tat hat die dafür zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart die Leitung der Ermittlungen übernommen.

 DATEN 10.07.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 15.10.2019
 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/panorama/fackel-auf-roma-familie-geworfen_-haftbefehle-erlassen-31781309.html



Folgemeldung zu „Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen“ vom 27.05.2019.

Gegen die fünf tatverdächtigen jungen Männer wurde Anklage wegen des Anschlags auf das Lager einer Roma-Familie erhoben. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, sie sollen zumindest billigend in Kauf genommen haben, dass durch den Brand Menschen ums Leben kommen könnten, die sich während der Tat in dem Wohnwagen aufhielten. Auch ein rassistisches Motiv werde nicht ausgeschlossen.

 DATEN 03.12.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 01.04.2020
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/anklage-fackelwurf-erbach-100.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wiesloch kam es am 28. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.05.2019, Wiesloch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>


Drogeriemarkt wegen Rassismus verurteilt

Kurz nachdem er die Filiale einer Drogeriemarktkette in Konstanz betreten hatte, wurde im März 2017 ein Kunde mit dunkler Hautfarbe von einem Ladendetektiv angehalten und sollte seinen Ausweis vorzeigen. Als der dunkelhäutige Kunde dies verweigerte,

wurde er vom zwischenzeitlich dazugekommenen Filialleiter aufgefordert, das Geschäft zu verlassen.


Weil der des Ladenlokals verwiesene Mann, der sich auch wissenschaftlich mit dem Thema Rassismus beschäftigt, die Diskriminierung nicht einfach auf sich beruhen lassen wollte, wurde der Vorfall vor dem Amtsgericht Konstanz verhandelt. Dieses verurteilte die Drogeriemarktkette im März 2019 dazu, dem Geschädigten ein Schmerzensgeld von 1.000 Euro zuzüglich Zinsen zu bezahlen. In der Urteilsbegründung hieß es: „Die versuchte Ausweiskontrolle war eine unmittelbare Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft“, denn der Betroffene habe „wegen seiner Hautfarbe eine weniger günstige Behandlung erfahren als andere Personen in vergleichbarer Situation“, berichtete die Südwestpresse.

 DATEN 29.05.2019, Konstanz, Internetaufruf: 15.10.2019

 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/suedwesten/_mueller_-wegen-rassismus-vorfall-verurteilt-31100537.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Filderstadt kam es am 29. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 29.05.2019, Filderstadt

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Verfassungsschutz beobachtet Reiseanbieter

Ein Mannheimer Reiseunternehmen machte mit seinen Pilgerreisen nach Saudi-Arabien das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) auf sich aufmerksam. Als Reiseleiter sollen prominente Salafisten für das Unternehmen tätig sein und versuchen Pilger zu radikalisieren, wie das LfV auf eine Anfrage der FDP-Fraktion mitteilte. Bekannte Namen, wie der 2017 wegen der „Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ verurteilte Sven Lau oder die bundesweit bekannten Hass-Prediger Ahmad Abul Baraa und Pierre Vogel, sollen unter den Reiseleitern des Unternehmens zu finden sein, das Teil eines weitverzweigten Firmengeflechts und in der Salafistenszene gut vernetzt ist. Das Unternehmen selbst gab zu einer Anfrage der Südwestpresse keine Stellungnahme ab.

 DATEN 01.06.2019, Mannheim, Internetaufruf: 15.10.2019

 QUELLE Südwestpresse

<https://www.swp.de/suedwesten/salafisten-Pilgertour-zur-Dschihad-Truppe-Verfassungsschutz-beobachtet-Reiseanbieter-31206309.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waiblingen kam es am 02. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 02.06.2019, Waiblingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Rassistische E-Mail an Konstanzer Stadtrat

Ein aus dem Sudan stammender Konstanzer Stadtrat der Freien Grünen Liste hat Anfang Juni eine bedrohliche E-Mail erhalten. Der unbekannte Verfasser reagierte mit seiner Mail auf die in einem Gespräch mit dem Südkurier geäußerte Forderung des 54-jährigen Stadtrats nach Maßnahmen zur Entlastung der Innenstadt vom hohen Verkehrsaufkommen mit rassistischen Aussagen: „Da kommt so ein Mohamad aus dem Sudan und will Deutschen vorschreiben, dass sie ihr DEUTSCHES Auto nicht mehr in der Innenstadt benutzen sollen. Mohamads haben wir hier eh schon zu viele. Und von

mir aus stechen sie sich alle gegenseitig ab. Aber vorschreiben lassen wir uns von diesen gar nichts. Also ab in den Sudan und dort gegen Autos kämpfen, falls es dort überhaupt weiche gibt.“

Der Stadtrat bezeichnete die E-Mail als „offene Drohung“ und hat Anzeige bei der Polizei erstattet.

 DATEN 04.06.2019, Konstanz, Internetaufruf: 16.10.2019

 QUELLE Südkurier

<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Schock-in-den-Morgenstunden-Der-kuenftige-Konstanzer-Stadtrat-Mohamed-Badawi-erhaelt-eine-Mail-mit-rassistischem-Inhalt;art372448,10171153>

„Reichsbürger“ muss zehn Monate ins Gefängnis

Ein den sogenannten „Reichsbürgern“ angehörender 58-jähriger Mann musste sich Anfang Juni vor dem Amtsgericht Crailsheim verantworten, weil er im Januar 2018 zwei Polizisten angegriffen hat, die ihn mit einem Vorführungsbefehl der Staatsanwaltschaft Heilbronn wegen eines nicht bezahlten Vollstreckungsbescheids aufgesucht hatten. Neben dem Angeklagten waren bei dem Vorfall auch seine Tochter und sein Sohn anwesend. Als der Sohn die Auseinandersetzung mit den Polizisten filmte, kam es zu einem Handgemenge, bei dem der 58-Jährige Schläge und Tritte austeilte und auf die Polizisten spuckte. Nachdem er mithilfe von weiteren zur Verstärkung herbeigerufenen Beamten festgenommen und in Handschellen gelegt werden konnte, warf er mit Beleidigungen wie „Nazipack“, „Bullenschweine“, „Staatschlampe“, „Marionetten der Deutschland GmbH“ oder „Huren des Systems“ um sich.

Wegen des Vorfalls war bereits am 27. Februar 2019 eine Verhandlung vor dem Crailsheimer Amtsgericht anberaumt worden, zu der aber weder der 58-Jährige noch seine ebenfalls angeklagten Kinder erschienen waren. Die beiden bis dahin nicht strafrechtlich in Erscheinung getretenen Kinder wurden damals in Abwesenheit zu Geldstrafen von 2.700 Euro und 900 Euro verurteilt, das Handy, mit dem der Sohn gefilmt hatte, als Tatmittel eingezogen.

Bei der im Juni nachgeholtten Verhandlung gegen den sogenannten „Reichsbürger“ zeigte sich dieser wenig einsichtig. Zwar räumte er ein, dass die Auseinandersetzung „eskaliert sei“ und entschuldigte sich für das Anspucken der Beamten, machte aber auch durch Aussagen wie, „ich würde sagen: unbekannt“, auf die Frage nach seiner Staatsangehörigkeit deutlich, dass er den deutschen Staat und seine Regelungen ablehnt. Weil außerdem von 2013 bis 2018 von mehreren anderen Amtsgerichten bereits einschlägige Vorstrafen wegen Steuerhinterziehung, Betrug, Hausfriedensbruch, Beleidigung und versuchter Nötigung gegen ihn verhängt worden waren, wurde die im Urteil verhängte

zehnmonatige Freiheitsstrafe vom Gericht nicht zur Bewährung ausgesetzt.

DATEN 01.03.2019, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 04.10.2019

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-schwaebisch-hall/haftbefehl-gegen-reichsbuerger-jesus-30177526.html>

DATEN 05.06.2019, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 04.10.2019

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/crailsheim/crailsheim-justiz-amtsgericht-reichsbuerger-31274130.html>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Sinsheim fand am 08. Juni ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Barny“ auf.

DATEN 08.06.2019, Sinsheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Hakenkreuz auf Motorhaube

Ein Unbekannter hat zwischen dem Abend des 9. und dem Mittag des 10. Juni ein etwa 50 cm großes Hakenkreuz in die Motorhaube eines Autos gekratzt. Das Fahrzeug war hinter einem Haus in der Hauptstraße von Heubach abgestellt. Es entstand ein Schaden von circa. 3.500 Euro. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 11.06.2019, Heubach (Ostalbkreis), Internetaufruf: 16.10.2019

QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/rosenstein/heubach/audi-zerkratzt/1791682/>

„Reichsbürger“ widersetzt sich Polizeikontrolle

Ein Autofahrer wollte sich bei einer Polizeikontrolle am 11. Juni in Fellbach mit einem Fantasiedokument des „Deutschen Heimatbundes“ ausweisen. Die Vereinigung, die diese fiktiven „Dokumente“ ausstellt, wird vom Landesverfassungsschutz beobachtet, weil sie der „Reichsbürger“-Szene zuzurechnen ist. Einen Führerschein konnte der 65-Jährige nicht vorweisen. Als die Polizisten ihn mehrfach aufforderten, sein Fahrzeug zu verlassen, schloss sich der Mann zunächst in seinem Auto ein und stieg erst aus, als die Beamten eine Seitenscheibe einschlugen. Das Auto wurde nach dem Vorfall von der Polizei sichergestellt, ein Strafverfahren gegen 65-jährigen, den sogenannten „Reichsbürgern“ zuzurechnenden, Autofahrer wurde eingeleitet.

DATEN 12.06.2019, Fellbach (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 16.10.2019

QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.fahrzeugkontrolle-in-fellbach-reichsbuerger-will-sich-mit-fantasiedokument-ausweisen.96c90a2d-6be3-4c33-ae72-6f80b2cd5ca1.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsdorf-Neuthard kam es am 12. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 12.06.2019, Karlsdorf-Neuthard

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neidenstein kam es am 13. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 13.06.2019, Neidenstein

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ulm kam es am 15. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Belohnung und Billigung von Straftaten §140 StGB.

DATEN 15.06.2019, Ulm


QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>


1.200 Euro Strafe für Hitler-Gruß und „Sieg Heil“ Rufe

In alkoholisiertem Zustand hatte ein 42-Jähriger aus dem Bodenseekreis am 2. März eine Gruppe Jugendlicher, die mit einer Musikanlage am Stadtbahnhof in Friedrichshafen unterwegs waren, verfolgt, beschimpft und beleidigt. Bei seinen Beleidigungen hatte der aggressiv auftretende Mann auch den Hitler-Gruß gezeigt und

„Sieg Heil“ gerufen, bis einer der beschimpften Jugendlichen die Polizei rief, die den Mann dann mitgenommen hat.



Am 17. Juni musste sich der Mann vor dem Amtsgericht in Tettang für die Beleidigungen und seine rechtsextremistischen Äußerungen verantworten. Da der 42-Jährige bereits elfmal vorbestraft war, davon auch mehrmals wegen ähnlicher rechtsradikaler Äußerungen, hat die Anklagevertreterin in der Verhandlung eine Freiheitsstrafe von vier Monaten und eine Geldbuße von 1.400 Euro beantragt. Das Gericht verurteilte ihn schließlich zu drei Monaten Freiheitsstrafe mit Aussetzung zur Bewährung und einer Geldstrafe von 1.200 Euro. Den Einwand des Mannes, bei dem Heben des rechten Arms könne es sich um den Gruß an einen Bekannten gehandelt haben, wertete der Vorsitzende Richter als Schutzbehauptung. Er empfahl dem Angeklagten auch, sich wegen seines Alkoholkonsums bei der Caritas beraten zu lassen.

 DATEN 18.06.2019, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 04.07.2019

 QUELLE Schwäbische Zeitung https://www.schwaebische.de/landkreis/bodenseekreis/friedrichshafen_artikel,-bew%C3%A4hrung-und-1200-euro-strafe-f%C3%BCr-hitler-gru%C3%9F-und-sieg-heil-rufe-_arid,11070049.html



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Steinach kam es am 18. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen §90b StGB.

 DATEN 18.06.2019, Steinach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Stuttgart kam es am 19. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 19.06.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Ehingen kam es am 20. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich

politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.06.2019, Ehingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pleidelsheim kam es am 20. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.06.2019, Pleidelsheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Buchen kam es am 22. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.06.2019, Buchen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 22. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 22.06.2019, Reutlingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Rhein-Neckar gab es am 22. Juni eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache ein unbekannter Liedermacher auf.

 DATEN 22.06.2019, Raum Rhein-Neckar
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 22. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.06.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Freiburg kam es am 24. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.06.2019, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Wohnungsdurchsuchungen bei Mitgliedern von rechter Chat-Gruppe




Am 25. Juni hat die Polizei die Wohnungen von zwei Teilnehmern einer rechtsextremistischen Chat-Gruppe durchsucht. Eine der Durchsuchungen war im Raum Konstanz beim mutmaßlichen Administrator der Chat-Gruppe. In der Wohnung des 28-Jährigen fanden die Beamten ein Luftgewehr und ein Messer. Außerdem wurden elektronische Datenträger und Schriftstücke sichergestellt, die noch ausgewertet werden sollten. Die zweite Durchsuchung fand bei einem 49-Jährigen in Oberhausen statt, der unter dem Verdacht steht, die Beschaffung von Schusswaffen angeboten zu haben. Bei ihm wurden zwar Waffen gefunden, diese unterliegen aber nicht dem Kriegswaffenkontrollgesetz und ihr Besitz ist nach dem Waffengesetz auch nicht erlaubnispflichtig.

Der Chat-Gruppe sollen noch weitere Mitglieder aus verschiedenen Bundesländern angehören, die neben nationalsozialistischen und fremdenfeindlichen Inhalten auch Posts mit Ankündigungen und Aufrufen zu Gewalttaten geteilt haben. Entdeckt worden war die Gruppe vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

 DATEN 25.06.2019, Konstanz und Oberhausen,
 Internetaufruf: 17.10.2019
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Wohnungsdurchsuchung-bei-mutmasslichen-Rechtsextremisten;art19070,4213902>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 27. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB und Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 27.06.2019, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ottersweier kam es am 27. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.

 DATEN 27.06.2019, Ottersweier
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinsberg kam es am 27. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 27.06.2019, Weinsberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>


Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Heidelberg kam es am 29. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.06.2019, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 29. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/ Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

 DATEN 29.06.2019, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Herrenberg kam es am 30. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 30.06.2019, Herrenberg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Hakenkreuz auf Auto geschmiert

Zwischen dem Nachmittag des 28. Juni und dem Vormittag des 30. Juni wurde auf ein in Aalen unter einer Hochbrücke abgestelltes Auto von Unbekannten mit Filzstift ein Hakenkreuz geschmiert.

DATEN 01.07.2019, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 05.08.2019
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/aalen_artikel,-unbekannter-beschmiert-auto-mit-hakenkreuz-_arid,11076187.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinstadt kam es am 01. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 01.07.2019, Weinstadt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 02. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.07.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aalen kam es am 03. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 03.07.2019, Aalen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aspach kam es am 03. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 03.07.2019, Aspach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Emmendingen kam es am 03. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 03.07.2019, Emmendingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Geislingen kam es am 03. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 03.07.2019, Geislingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Disziplinarverfahren gegen AfD-Kreisvorsitzenden eingestellt


Wegen diverser Posts auf Facebook, in denen er z. B. Material der vom Verfassungsschutz beobachteten, rechtsextremen „Identitären Bewegung“ verbreitet und den damaligen Justizminister Heiko Maas als „Stasi-Heiko“ bezeichnet haben soll, war 2016 ein Disziplinarverfahren gegen einen Gruppenführer des Göppinger Polizeipräsidiums eingeleitet worden⁸. Der 27-jährige

8 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle in Baden-Württemberg – Monitoring 2016, S. 56f.

Polizist ist auch als Kreisvorsitzender der AfD tätig und soll dem rechten „Flügel“ der Partei um Björn Höcke nahestehen.

Da gegen den Beamten auch verschiedene Strafverfahren wegen Beleidigung anhängig waren, deren Abschluss abgewartet werden musste, hatte sich das Disziplinarverfahren in die Länge gezogen. Aufgrund der langen Dauer und weil die Strafverfahren ohne Ergebnis blieben, wurde das Disziplinarverfahren dann ohne förmliche Disziplinarmaßnahme gegen den Polizisten im Juli eingestellt. Obwohl „ein leichtes Dienstvergehen“ vorgelegen habe, sei ein im Landesdisziplinalgesetz für solche Fälle grundsätzlich vorgesehener Verweis nicht mehr erforderlich gewesen. Das Verfahren selbst habe für den Beamten bereits gravierende Auswirkungen gehabt. Durch den während eines Disziplinarverfahrens üblichen Beförderungsstopp hatte er mehr als ein Jahr auf eine ihm zustehende Beförderung warten müssen, erklärte ein Sprecher der Polizei dazu. Die meisten seiner Äußerungen seien, wenn auch sehr zugespitzt formuliert, letztendlich dem politischen Diskurs zuzuordnen gewesen.


 DATEN 04.07.2019, Göppingen, Internetaufruf: 17.10.2019

 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-goeppingen/verfahren-gegen-afd-polizisten-umstrittene-facebook-posts_-verweis-fuer-afd-kreisvorsitzenden-simon-dennenmoser-31719778.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Grenzach-Wyhlen kam es am 04. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 04.07.2019, Grenzach-Wyhlen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Offenburg kam es am 04. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 04.07.2019, Offenburg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 04. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 04.07.2019, Sersheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>


IS-Kämpferin zu 5 Jahren Haft verurteilt

Eine 2018 im Großraum Karlsruhe verhaftete IS-Rückkehrerin⁹ wurde am 5. Juli vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer ausländischen terroristischen Vereinigung, Kriegsverbrechen gegen Eigentum und des Besitzes von zwei Kriegs- und zwei weiteren Waffen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.

Die Angeklagte war Ende 2013 nach Syrien ausgewandert und hatte dort unmittelbar nach ihrer Ankunft einen hochrangigen IS-Kämpfer geheiratet, mit dem sie dreieinhalb Jahre im Herrschaftsgebiet des sogenannten „Islamischen Staates“ lebte. Während dieser Zeit warb sie im Internet für den Kampf bei der Terrororganisation. Nachdem ihr Ehemann im Dezember 2016 verstarb war, floh die deutschstämmige Frau mit den gemeinsamen Kindern ins kurdische Erbil, wo sie verhaftet wurde. Mithilfe des Bundeskriminalamtes kehrte sie dann zurück nach Deutschland.

Dass sie mit ihrer Familie in Häusern gelebt hat, deren Eigentümer vor der Terrorvereinigung geflohen waren, wertete das Gericht in seinem Urteil als Verstoß gegen das Völkerrecht und als Plünderungen. Die Inbesitznahme verlassener Wohnungen habe zusammen mit ihrer Tätigkeit als Mutter und Ehefrau dazu gedient, den Herrschaftsanspruch des sogenannten „Islamischen Staates“ zu sichern und die Rückeroberung zu verhindern. Das Oberlandesgericht berief sich damit laut Stuttgarter Zeitung auf aktuelle Entscheidungen des Bundesgerichtshofs. Die Verteidigung hat Revision gegen das Urteil hinsichtlich der Plünderungen angekündigt.



 DATEN 05.07.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 17.07.2020

 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wegweisendes-urteil-im-stuttgarter-is-prozess-fuenf-jahre-haft-fuer-is-kaempferin-sabine-s.6718adf9-5cd1-4bea-b097-44947d1ca20c.html>

9 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 119.



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Heilbronn gab es am 06. Juli eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Reichstrunkenbold“ sowie zwei weitere Liedermacher auf.

-  DATEN 06.07.2019, Heilbronn
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15318
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915318.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heilbronn kam es am 07. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

-  DATEN 07.07.2019, Heilbronn
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 08. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 08.07.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 08. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.




-  DATEN 08.07.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Sersheim kam es am 09. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen

und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 09.07.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 10. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

-  DATEN 10.07.2019, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 14. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 14.07.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Steinheim kam es am 15. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 15.07.2019, Steinheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Zerstörungen und Hakenkreuz an Schule



Im Fichtenauer Teilort Unterdeufstetten haben Unbekannte zwischen dem Nachmittag des 14. und dem Morgen des 15. Juli eine Schule verwüstet. Sie verteilten den Inhalt von 30 Säcken Mörtel auf dem Schulhof, zerstörten eine Straßenlaterne und eine Dachkuppel und rissen zwölf Dachentlüfter ab, die sie dann vom Dach warfen. Mit Bauschaum verschmierten sie Wände, Böden und

Gerüstteile und sprühten ein umgedrehtes Hakenkreuz auf. Nach einer ersten Schätzung entstand durch den Vandalismus ein Sachschaden von circa 5.000 Euro. Die Polizei bat um Hinweise auf die Täter.

 DATEN 16.07.2019, Fichtenau (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 05.08.2019
 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1802726/>



Hakenkreuze an Wohnhaus

Mehrere Hakenkreuze, die im Satanismus verwendete Zahl „666“, ein Pentagramm und andere Symbole wurden in der Nacht vom 12. zum 13. Juli auf die Fassade eines Hauses am Ortsrand von Allensbach gesprüht. Auch die Motorhaube eines vor dem Grundstück geparkten Autos haben die unbekanntes Täter mit verbotenen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen besprüht. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

 DATEN 17.07.2019, Allensbach (Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 17.10.2019
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/allensbach/Hakenkreuze-und-Teufelszeichen-Kriminalpolizei-ermittelt-wegen-Schmierereien-an-einem-Wohnhaus;art372433,10216912>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waiblingen kam es am 17. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 17.07.2019, Waiblingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bodman-Ludwigshafen kam es am 18. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 18.07.2019, Bodman-Ludwigshafen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 18. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 18.07.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinheim kam es am 18. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 18.07.2019, Weinheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stühlingen kam es am 20. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.07.2019, Stühlingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Linkenheim-Hochstetten kam es am 21. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 21.07.2019, Linkenheim-Hochstetten
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 21. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 21.07.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 22. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhen von Straftaten §126 StGB.

DATEN 22.07.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Mann geht auf Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Freiburg los

Am 13. Juli wurde die 62-jährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Freiburg vor der Synagoge von einem Mann, der einen Gegenstand in der Hand hielt, attackiert. Mit Anfeindungen wie: „Ab mit euch! Sonst schlag ich dich tot, du Hure! Ab! Ab!“, ging der Mann auf sie los. Auch als ein Gemeindeglied der Frau zu Hilfe kommt, setzte der Mann seine Beschimpfungen fort: „Ab mit euch! Sonst fress ich dich zum Frühstück!“ und „Geh rein! Sind wir hier in Deutschland oder sind wir hier im Judenland! Mich wundert nicht, dass Hitler euch vergast hat, euch Idioten“, hat er gerufen. Erst als eine vorbeifahrende Radfahrerin dazukam und die Polizei rief, hörte der Mann mit seinen Beschimpfungen auf und ging weiter. Die Polizei konnte den Täter 15 Minuten nach dem Vorfall in der Stadt stellen, wo er sich in einer öffentlichen Toilette versteckt haben soll.

Nach Angaben der Gemeindevorsitzenden gehören antisemitische Attacken inzwischen leider zum Alltag. „Vor allem in den vergangenen zwei bis drei Jahren haben die Anfeindungen stark zugenommen“, erklärte sie gegenüber Focus Online.

DATEN 23.07.2019, Freiburg,
 Internetaufruf: 17.10.2019
QUELLE Focus Online
https://m.focus.de/politik/deutschland/antisemitischer-vorfall-in-freiburg-ueberwachungsvideo-aus-synagoge-zeigt-wie-mann-aus-dem-nichts-auf-juedin-losgeht_id_10953773.html

Folgemeldung zu „Mann geht auf Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Freiburg los“ vom 23.07.2019.

Wie der Südwestrundfunk berichtete, handelt es sich bei dem Mann, der die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde vor der Frei-

burger Synagoge attackiert hat, um einen 61-jährigen mit Bezug zur Obdachlosenszene. Das Motiv des polizeibekanntenen Mannes blieb zunächst unklar, zuvor war er nicht mit fremdenfeindlichen Taten in Erscheinung getreten. Er wurde nach dem Vorfall in einer psychiatrischen Klinik untergebracht.

DATEN 24.07.2019, Freiburg,
 Internetaufruf: 22.10.2019
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/Verdaechtiger-aus-Obdachlosenszene-Antisemitischer-Vorfall-an-Freiburger-Synagoge,attacke-an-freiburger-synagoge-100.html>

Bombendrohung gegen Moschee

Am 22. Juli wurde die Mannheimer Ditib-Moschee nach einer Bombendrohung geräumt. Bei einer anschließenden Durchsuchung des Gebäudes konnte Entwarnung gegeben werden, es wurde kein Sprengstoff gefunden. Neben der Mannheimer Moschee haben auch zwei Moscheen in Duisburg und Mainz sowie die Parteizentrale der Linkspartei in Berlin ähnliche Bombendrohungen per E-Mail erhalten. Auch in diesen Gebäuden wurden keine Sprengkörper gefunden.

Unterzeichnet waren alle Drohmails mit „Combat 18“, so bezeichnet sich der bewaffnete Arm des seit dem Jahr 2000 in Deutschland verbotenen rechtsextremistischen Netzwerks Blood & Honour. (Die Zahl 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet, die Initialen von Adolf Hitler.) Die Polizei ging deshalb von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus, der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.



Der Vorstand der Mannheimer Ditib-Moschee betonte in einer Stellungnahme die hervorragende Zusammenarbeit von Polizei und Ditib-Gemeinde und zeigte sich erfreut über den erhaltenen Zuspruch aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Der Vorfall sei nicht zu vernachlässigen und zeige „eine Realität von antimuslimischem Gedankengut, die sich aufgrund von einseitigen Berichterstattungen über Muslime immer weiter ausbreitet“, hieß es weiter.

DATEN 23.07.2019, Mannheim,
 Internetaufruf: 17.10.2019
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel,-mannheim-drohung-gegen-ditib-moschee-kam-von-rechtsradikalen-update-_arid,454987.html

Folgemeldung zu „Bombendrohung gegen Moschee“ vom 23.07.2019

Nach den Bombendrohungen gegen Moscheen in Mannheim, Duisburg und Mainz am 22. Juli ging am Tag darauf eine weitere





E-Mail mit einer Bombendrohung gegen die Ditib-Moschee in Villingen-Schwenningen ein. Wie schon bei den anderen Moscheen wurde aber kein Sprengsatz in den Räumlichkeiten gefunden. Die Polizei vermutete auch einen Zusammenhang der Vorfälle mit ähnlichen Bombendrohungen gegen Moscheen in München und Iserlohn sowie die Ditib-Zentralmoschee in Köln, die ebenfalls im Juli stattfanden.

-  **DATEN** 23.07.2019, Villingen-Schwenningen, Internetaufruf: 05.08.2019
-  **QUELLE** Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg_artikel,-erneut-bombendrohung-bei-moschee-in-baden-w%C3%BCrttemberg-arid,11087933.html

Folgemeldung zu „Bombendrohung gegen Moschee“ vom 23.07.2019



Im Rahmen der Ermittlungen wegen der bundesweiten Bombendrohungen gegen mehrere Ditib-Moscheen, die Parteizentrale der Linkspartei und weitere Partei- und Medieneinrichtungen haben am 9. Oktober in mehreren Bundesländern insgesamt sieben Hausdurchsuchungen stattgefunden. Dabei seien sechs Personen vorläufig festgenommen und später wieder freigelassen worden, berichtet der Südwestrundfunk. Bei den Durchsuchungen seien auch mehrere Datenträger beschlagnahmt worden. Insgesamt waren 120 Polizeibeamte an der Aktion beteiligt.

Unter den Zielen der Polizeirazzia sollen auch ein Objekt in der Region Stuttgart und eines in Bingen gewesen sein. Mindestens eine der Festnahmen soll laut SWR ebenfalls in Baden Württemberg stattgefunden haben. In Bingen sollen die Ermittler laut Informationen des Zollern-Alb-Kuriers rund 50 verdächtige Gegenstände und Datenträger sichergestellt haben. Bereits im Dezember 2018 habe in Bingen eine Razzia gegen das hinter den Bombendrohungen stehende verbotene Nazi-Netzwerk Blood & Honour stattgefunden, berichtet die Zeitung weiter.

-  **DATEN** 09.10.2019, Bingen (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 11.11.2019
-  **QUELLE** Zollern-Alb-Kurier
<https://www.zak.de/Nachrichten/Razzia-wegen-rechtsextremer-Drohschreiben-Ermittler-durchsuchen-Wohnung-in-Bingen-138135.html>
-  **DATEN** 09.10.2019, Bingen (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 11.11.2019
-  **QUELLE** Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/Durchsuchungen-in-vier-Bundeslaendern-Festnahmen-bei-Razzien-wegen-rechtsextremer-Droh-Mails,razzien-rechtsextreme-100.html>



Rechtsextremistische Inhalte in Klassenchat

Im geschlossenen Chat einer neunten Schulklasse eines Leonberger Gymnasiums sind Hakenkreuze, Verunglimpfungen von Menschen mit dem Down-Syndrom und pornografische und fremdenfeindliche Inhalte eingestellt worden. Das Bild eines Maschinengewehrs sei beispielsweise mit der Unterzeile „Das löst bis zu 1.800 Asylanträge pro Minute“ versehen gewesen. Fünf Schüler der neunten Klasse standen im Verdacht, die Mitteilungen verfasst zu haben. Der Schulleiter hat wegen der Chat-Inhalte die Polizei eingeschaltet, die den Vorfall zunächst als „Jugendliches Fehlverhalten“ eingestuft hat. Ob der Vorfall strafrechtlich verfolgt wird, war zunächst nicht klar, da die Inhalte für Außenstehende nicht zugänglich waren.

-  **DATEN** 26.07.2019, Leonberg (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 22.10.2019
-  **QUELLE** Leonberger Kreiszeitung
<https://www.leonberger-kreiszeitung.de/inhalt.sexismus-hitler-und-verunglimpfungen-neuntklaessler-senden-rassistische-nachrichten.7f511d25-1944-4c2f-b6a4-9dc42a359bcd.html>



Spontane Demonstration gegen rechtsextreme „Identitäre Bewegung“

Am 27. Juli bauten Mitglieder der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ einen angemeldeten Infostand auf dem Konstanzer Marktplatz auf. Kurz darauf bildeten circa 15 Personen eine Menschenkette und versuchten die Wortbeiträge der Rechten zu übertönen. Nachdem sich auch viele Passanten mit der spontanen Gegendemonstration solidarisierten, bauten die circa 12 Unterstützer der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ ihren Stand früher als angemeldet wieder ab und räumten das Feld. Die Polizei war mit mehreren Beamten vor Ort, zu strafbaren Handlungen war es nicht gekommen.

-  **DATEN** 27.07.2019, Konstanz, Internetaufruf: 21.10.2019
-  **QUELLE** Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Stand-der-Identitaeren-Bewegung-und-spontane-Gegendemonstration-auf-der-Marktstaette;art372448,10229065>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Edingen-Neckarhausen kam es am 27. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

-  **DATEN** 27.07.2019, Edingen-Neckarhausen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Remshalden kam es am 27. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 27.07.2019, Remshalden
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ravensburg kam es am 28. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 28.07.2019, Ravensburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heiningen kam es am 29. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 29.07.2019, Heiningen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 29. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB und gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 29.07.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 30.07.2019, Heidelberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 30.07.2019, Karlsruhe
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

BGH bestätigt Haftstrafe für „Altermedia“ Betreiber

Das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart gegen den bekennenden Neonazi und ehemaligen Betreiber des rechtsextremistischen Internetportals „Altermedia“¹⁰ wurde in einem Revisionsverfahren am 31. Juli vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigt und damit rechtskräftig. Der Mann muss wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Auf dem Portal wurde unter anderem gegen Ausländer, Juden und Andersdenkende gehetzt, zur Gewalt gegen sie aufgerufen und der Holocaust geleugnet. Von den gegen drei mitangeklagte Frauen verhängten Bewährungsstrafen hielt lediglich ein Urteil der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.


DATEN 31.07.2019, Karlsruhe, Internetaufruf: 23.10.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt-villingen-schwenningen-altermedia-bgh-verwirft-revision.3e2de774-a671-4888-be0a-5192fbc0b272.html>

10 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2017, S. 45.

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 31. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 31.07.2019, Karlsruhe

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Kieselbronn fand am 03. August ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Oldschool Rockerz“, „Urweiss“ und „Kodex Frei“ auf.


 DATEN 03.08.2019, Kieselbronn

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15318
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915318.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schwäbisch Hall kam es am 03. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.


 DATEN 03.08.2019, Schwäbisch Hall

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sinzheim kam es am 04. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 04.08.2019, Sinzheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Zell kam es am 04. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.


 DATEN 04.08.2019, Zell


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

70 Nazi-Schmierereien auf Kinderspielplatz

Auf einem Spielplatz in Leinfelden-Echterdingen haben Unbekannte mit Straßenkreide rechte Parolen und zahlreiche Hakenkreuze auf


Wände und Laufwege einer hölzernen Ritterburg aufgemalt. Bei der Polizei gemeldet wurden die etwa 70 Schmierereien am Mittag des 4. August. Die Beamten haben Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet und Zeugen um Hinweise gebeten.


 DATEN 05.08.2019, Leinfelden-Echterdingen (Landkreis Esslingen),
Internetaufruf: 23.10.2019

 QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/polizei_artikel,-leinfelden-echterdingen-hakenkreuz-schmierereien-an-spielplatz-_arid,2273349.html

Nazi-Schmierereien bei Remstal Gartenschau

Am Vormittag des 4. August sind Hakenkreuze und SS-Zeichen, die auf zwei Holzfiguren bei der Remstal Gartenschau geschmiert wurden, bei der Polizei angezeigt worden. Zeugen der Tat wurden gebeten, sich zu melden.


 DATEN 05.08.2019, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 23.10.2019


 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/Schorndorf-NS-Schmierereien-auf-Gartenschau,-hakenkreuzschmierereien-remstal-gartenschau-100.html>

Antifa verhindert „Schweigeminute“ der NPD

Nach einem Aufruf zu einer „bundesweiten Schweigeminute“ im Rahmen der NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen“ wollten sich am 3. August neun Rechte am Backnanger Bahnhof versammeln. Laut Auskunft eines Polizeisprechers seien aber nur zwei von ihnen auch am Bahnhof angekommen. Die restlichen seien durch eine Gegen-Aktion von circa „40 Antifaschist/-innen“ am Passieren der Zugänge zum Bahnhof gehindert worden, hieß es in einer Antifa-Pressmitteilung. Organisiert hatte die Aktion gegen die Rechten das „Offene Antifaschistische Treffen Rems-Murr“. Die Polizei war laut dem Zeitungsverlag Waiblingen mit einem Aufgebot von circa 50 Einsatzkräften vor Ort, um Auseinandersetzungen beider Gruppierungen zu verhindern.



Hintergrund für die „Schweigeminute“ der NPD war ein Vorfall in Frankfurt. Ein offenbar psychisch kranker Mann aus Eritrea hatte Ende Juli eine Mutter und ihr Kind vor einen Zug gestoßen.

 DATEN 05.08.2019, Backnang (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 23.10.2019

 QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.bahnhof-in-backnang-widersprueche-um-rechte-mini-kundgebung.0c798e21-e03d-42a7-a6cc-5901617e546d.html>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 05. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.08.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lauda-Königshofen kam es am 05. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

 DATEN 05.08.2019, Lauda-Königshofen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Prozess gegen mutmaßlichen Volksverhetzer



Laut einer SWR-Meldung gleichen Datums begann am 6. August vor dem Heidelberger Amtsgericht ein Prozess gegen einen 56-jährigen Mann aus Nußloch, der an ein Kreisbüro der AfD mehrere Schreiben mit fremdenfeindlichem und rassistischem Inhalt geschickt hatte. Die AfD hat wegen der Anschreiben die Polizei eingeschaltet, und der Mann erhielt eine Geldstrafe, gegen die er Widerspruch eingelegt hat.

 DATEN 06.08.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 23.10.2019
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/Heidelberg-Prozess-wegen-Volksverhetzung,meldung-36000.html>

Landgericht Ravensburg vertagt Berufungsprozess wegen Volksverhetzung



Das Landgericht Ravensburg hat die Berufungsverhandlung gegen den Mann aus dem Raum Biberach bereits kurz nach der Eröffnung am 6. August auf den November vertagt. Sowohl der Beschuldigte als auch die Staatsanwaltschaft hatten Berufung gegen ein Urteil des Biberacher Amtsgerichts eingelegt. Dort war der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 4.800 Euro wegen Volksverhetzung verurteilt worden, weil er auf der Facebook-Seite des AfD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alexander Gauland, einen Kommentar verfasst hatte, in dem er die Zahl der Juden,

die in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten ermordet wurden, in Zweifel gezogen haben soll.

 DATEN 06.08.2019, Ravensburg, Internetaufruf: 23.10.2019
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/Ravensburg-Prozess-wegen-Volksverhetzung,prozess-wegen-volksverhetzung-100-100.html>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Edingen-Neckarhausen kam es am 06. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 06.08.2019, Edingen-Neckarhausen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 08. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 08.08.2019, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ravensburg kam es am 08. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 08.08.2019, Ravensburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Bad Wildbad kam es am 11. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt

im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 11.08.2019, Bad Wildbad
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Sersheim kam es am 13. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.08.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Hakenkreuzschmiererei in Geislingen



Die Mehrzweckhalle der Geislinger Ortsteile Binsdorf und Erlaheim wurde Mitte August von Unbekannten mit verschiedenen Symbolen, Buchstaben und Zahlen beschmiert. Unter den Schmierereien befand sich auch ein Hakenkreuz.

Die Stadtverwaltung Geislingen hat Anzeige wegen Sachbeschädigung bei der Polizei erstattet.

 DATEN 16.08.2019, Geislingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 28.10.2019
 QUELLE Zollern-Alb Kurier
<https://www.zak.de/Nachrichten/Unbekannte-beschmieren-Mehrzweckhalle-in-BinsdorfErlaheim-mit-Hakenkreuz-137313.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Baden-Baden kam es am 16. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 16.08.2019, Baden-Baden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Weil der Stadt kam es am 16. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestags-

drucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 DATEN 16.08.2019, Weil der Stadt
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Göppingen kam es am 20. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.08.2019, Göppingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 20. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.08.2019, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ottersweier kam es am 21. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 21.08.2019, Ottersweier
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 23. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 23.08.2019, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete




In Oberndorf kam es am 23. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 23.08.2019, Oberndorf
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Stuttgart kam es am 27. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

-  DATEN 27.08.2019, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Nazi-Schmierereien in Hohenlohe



In der Nacht vom 23. zum 24. August haben unbekannte Täter in Pfedelbach und im Schöntaler Ortsteil Westernhausen Nazi-Schmierereien hinterlassen. In Westernhausen wurde ein Weg mit einem Hakenkreuz und SS-Runen beschmiert. In Pfedelbach wurden Hakenkreuze und vulgäre Drohungen am Rathaus und an einem Café in einer Unterkunft für Geflüchtete gefunden. Der Bürgermeister von Pfedelbach bezifferte den entstandenen Sachschaden allein am Rathaus auf circa 3.500 Euro. „So etwas geht weit über einen Dumme-Jungen-Streich hinaus und ist ein totales No-Go“, sagte er zu dem Vorfall. Bereits im November 2016 war in Pfedelbach auf eine damals noch nicht fertiggestellte Flüchtlingsunterkunft ein Brandanschlag verübt worden.¹¹

Die Ermittlungen zu den Vorfällen hat der Staatsschutz übernommen.

-  DATEN 28.08.2019, Pfedelbach und Schöntal (Hohenlohekreis), Internetaufruf: 11.11.2019
-  QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/hohenlohe/nachrichten/sonstiges/Sind-die-Hakenkreuz-Schmierereien-Jugendstreich-oder-Nazi-Umtriebe;art140018,4243028>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Wurzach kam es am 28. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 28.08.2019, Bad Wurzach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lahr kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 30.08.2019, Lahr
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 30.08.2019, Reutlingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Wangen kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 30.08.2019, Wangen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

11 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle in Baden-Württemberg – Monitoring 2016, S. 59.

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Satteldorf kam es am 02. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.09.2019, Satteldorf
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Umstrittener Kandidat für Calwer OB-Wahl

Ein 32-Jähriger, der vom SPD-Vorsitzenden im Kreis Freudenstadt wegen Volksverhetzung angezeigt wurde, ist als Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters von Calw zugelassen worden. Bereits zuvor hatte der Mann in mehreren anderen Städten bei Bürgermeisterwahlen kandidiert. In seiner Wahlwerbung soll er, laut dem SPD-Kreisvorsitzenden, die Abschaffung von Wahlen gefordert, Flüchtlinge beleidigt und Adolf Hitler als seinen Propheten bezeichnet haben.

Der bisherige Oberbürgermeister von Calw und Vorsitzende des Wahlausschusses bestätigte, dass der umstrittene Kandidat die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt habe und deshalb für die Wahl zugelassen werden musste. Ein Strafverfahren wegen der Anzeige des SPD-Kreisvorsitzenden war von der Staatsanwaltschaft bis zur Sitzung des Wahlausschusses am 3. September nicht eingeleitet worden.

DATEN 04.09.2019, Calw, Internetaufruf: 11.11.2019
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/Wer-wird-Nachfolger-von-Calws-OB-Ralf-Eggert,kandidaten-fuer-calwer-ob-wahl-100.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 04. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 04.09.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 06. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 06.09.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Weil am Rhein kam es am 07. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

DATEN 07.09.2019, Weil am Rhein
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pforzheim kam es am 09. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung § 303 StGB.

DATEN 09.09.2019, Pforzheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 12. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 12.09.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Stuttgart kam es am 12. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

DATEN 12.09.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

„Reichsbürger“ widersetzen sich Festnahme



Zwei Streifenbesetzungen der Polizei wollten am 12. September im Frankenhardtter Ortsteil Spaichbühl einen 49-jährigen Mann und seine 39-jährige Lebensgefährtin abholen, um sie beim Amtsgericht Crailsheim vorzuführen. Das Paar teilte den Beamten jedoch mit, dass sie das Amtsgericht und die Polizei nicht anerkennen und deshalb ihre Anweisungen auch nicht befolgen würden. Auch die Androhung der Polizisten, sie gegen ihren Willen beim Amtsgericht vorzuführen, blieb wirkungslos. Bei der anschließenden Festnahme der beiden wurde eine Beamtin leicht verletzt.

Auf Nachfrage des Zeitungsverlags Waiblingen bestätigte die Polizei, dass das Paar der „Reichsbürger“-Szene angehört.

-  **DATEN** 13.09.2019, Frankenhardt (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 11.11.2019
-  **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt/frankenhardt-reichsbuerger-verletzt-polizeibeamtin.9a807409-b240-4483-9e02-eea7f870cb8e.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten




In Straubenhardt kam es am 14. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  **DATEN** 14.09.2019, Straubenhardt
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Wurzach kam es am 15. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

-  **DATEN** 15.09.2019, Bad Wurzach
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Rudersberg kam es am 15. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB.

-  **DATEN** 15.09.2019, Rudersberg
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Achstetten kam es am 16. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  **DATEN** 16.09.2019, Achstetten
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 17. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  **DATEN** 17.09.2019, Sersheim
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Stuttgart kam es am 18. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

-  **DATEN** 18.09.2019, Stuttgart
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Heilbronn kam es am 21. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (VersG).

 DATEN 21.09.2019, Heilbronn
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten




Im Raum Schwarzwald gab es am 21. September eine musikalische Darbietung der extremen Rechten. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „FreilichFrei“ auf.

 DATEN 21.09.2019, Raum Schwarzwald
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18206
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918206.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 22. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.09.2019, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Anschlag auf AfD Parteibüro

In der Nacht zum 21. September wurde die mittlere Scheibe des AfD Wahlkreisbüros in Ulm-Söflingen von Unbekannten zerstört. Der Ulmer Landtagsabgeordnete der AfD bezeichnete den Vorfall als Anschlag „auf die Demokratie und den demokratischen Wettbewerb“. „Jeder Angriff auf einen Abgeordneten und seine Arbeit ist ein Angriff auf den Rechtsstaat“, erklärte er in einer Pressemitteilung.

 DATEN 23.09.2019, Ulm, Internetaufruf: 17.07.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-unbekannte-verueben-anschlag-auf-buero-von-afd-politiker-_arid,11116959.html



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Breisach kam es am 23. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 23.09.2019, Breisach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Donaueschingen kam es am 23. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 23.09.2019, Donaueschingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 23. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 23.09.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Rechtsrock im Enzkreis

„Lunikoff“, eine rechte Rockband, trat am 22. September im östlichen Enzkreis bei einem privaten Konzert auf, das vom Staatsschutz beobachtet wurde. 30 bis 40 Personen seien zu der Veranstaltung erschienen, die in Räumlichkeiten stattfand, die laut Polizeiangaben „nicht von außen einsehbar waren“, berichtet die Pforzheimer Zeitung. Der Ort des Konzerts war erst kurz vor Beginn bekannt gegeben worden.

Chef der Band „Lunikoff“ ist Michael Regener, der frühere Sänger der Band „Landser“, die vom Bundesgerichtshof wegen volksverhetzender Liedinhalte als kriminelle Vereinigung eingestuft worden war. Regener wurde damals wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verhaftet und zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Die SPD in Pforzheim und Enzkreis reagierte „entsetzt“ auf das Konzert. In einer Pressemitteilung sprach sich die Partei für ein




„Demokratiefördergesetz“ aus, das Projekte und Initiativen der Demokratiewerkarbeit langfristig absichern und verlässliche Strukturen schaffen soll, die die Bekämpfung von Extremismus unterstützen und Engagement fördern.

-  DATEN 24.09.2019, Enzkreis, Internetaufruf: 11.11.2019
-  QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Nach-Geheimkonzert-von-Neonazis-im-oestlichen-Enzkreis-SPD-fordert-neues-Gesetz-_arid,1339032.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 24. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 24.09.2019, Heidelberg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 24. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 24.09.2019, Mannheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sinsheim kam es am 24. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 24.09.2019, Sinsheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bad Wurzach kam es am 25. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 25.09.2019, Bad Wurzach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 25. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



-  DATEN 25.09.2019, Mannheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Rassistisches Video aus Sinsheimer Handwerksbetrieb

Ein bei Twitter aufgetauchter Videoclip, in dem ein Mitarbeiter eines Handwerksbetriebs in Sinsheim filmte, wie er einen dunkelhäutigen Auszubildenden aus Afrika rassistisch beleidigt, hat zu Ermittlungen der Polizei geführt, der der Clip im Netz aufgefallen war. „Wir ermitteln in alle Richtungen“, sagte eine Polizeisprecherin im September zu dem Vorfall, auch die zuständige Staatsanwaltschaft werde eingeschaltet.


In dem Video bezeichnet der Mitarbeiter den Auszubildenden als „Buschmann“, dem er zwei Paddel kaufen wolle. „Irgendwie musst du ja von Italien zurück nach Afrika, Schlauchboote findest du da unten bestimmt genug“, verhöhnt er ihn weiter. Außerdem wolle er ihm einen Zettel, auf dem „Ready to go“ steht, mitgeben.

Der Inhaber des Unternehmens hat sich auf seiner Homepage von dem Videoclip seines Mitarbeiters distanziert. „Das Video gibt in keiner Weise die Unternehmenskultur wieder, die in unserem Unternehmen seit Unternehmensgründung gelebt wird“, teilte er mit; den Angestellten habe er inzwischen abgemahnt.

-  DATEN 26.09.2019, Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 11.11.2019
-  QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/sinsheim_artikel,-nur-ein-dummer-scherz-polizei-ermittelt-nach-rassistischem-vorfall-in-sinsheimer-betrieb-update-_arid,468621.html

Polizei den Hitlergruß gezeigt

Am Abend des 25. September wollte ein 26-jähriger Mann trotz Hausverbots ein Lokal in Ellwangen aufsuchen. Weil der Wirt ihm den Zutritt verwehrte, wurde der Mann aggressiv, der Wirt rief daraufhin die Polizei. Als die Polizisten ihn wegschickten, zeigte er den Hitlergruß und verabschiedete sich mit dem Ausspruch „Sieg Heil“. Auf den Mann kommen deshalb entsprechende Anzeigen zu.

 DATEN 26.09.2019, Ellwangen (Ostalbkreis),

Internetaufruf: 08.11.2019

 QUELLE Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/ellwangen_artikel,-nach-hausverbot-26-j%C3%A4hriger-zeigt-hitlergru%C3%9F-arid,11119048.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Aalen kam es am 30. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 30.09.2019, Aalen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Bruchsal fand am 28. September ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Mjölnir“ und „Renitenz“ auf.

 DATEN 28.09.2019, Bruchsal

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15318

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915318.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ulm kam es am 28. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich religiöse Ideologie Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung § 224 StGB.


 DATEN 28.09.2019, Ulm

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wiesloch kam es am 28. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



 DATEN 28.09.2019, Wiesloch

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 01. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 01.10.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ravensburg kam es am 02. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 02.10.2019, Ravensburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stimpfach kam es am 02. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

 DATEN 02.10.2019, Stimpfach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schwäbisch Hall kam es am 03. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 03.10.2019, Schwäbisch Hall
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Kehl kam es am 05. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.10.2019, Kehl
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pforzheim kam es am 05. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.10.2019, Pforzheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schwäbisch Hall kam es am 08. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 08.10.2019, Schwäbisch Hall
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pforzheim kam es am 10. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 10.10.2019, Pforzheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Nürtingen kam es am 12. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt

im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 12.10.2019, Nürtingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pliezhausen kam es am 12. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

DATEN 12.10.2019, Pliezhausen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Neonazi-Konzert in Ellwangen verboten

Ein rechtsextremistisches Rockkonzert sollte am 12. Oktober auf einem Freizeitgelände bei Ellwangen stattfinden. Weil das bundesweit beworbene Konzert eindeutige Bezüge zur verbotenen Neonazi-Bewegung Blood & Honour aufgewiesen habe, haben Polizei und Stadtverwaltung Ellwangen die Veranstaltung verboten. Erste Hinweise auf das, beim Vermieter des Geländes lediglich als Geburtstagsparty angemeldete, Konzert habe der Verfassungsschutz gegeben, berichtet der Südwestrundfunk.

DATEN 13.10.2019, Ellwangen (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 13.11.2019
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/Ellwangen-Neonazi-Konzert-auf-Freizeitgelaende-bei-Ellwangen-verhindert,neonazi-konzert-verhindert-100.html>

Zugfahrgäste rassistisch beleidigt

Ein betrunkenen 62-jähriger Mann hat am 13. Oktober in einem ICE Fahrgäste mit einem augenscheinlichen Migrationshintergrund angepöbelt und rassistisch beleidigt. Als Polizeibeamte ihn am Mannheimer Hauptbahnhof aus dem Zug verwiesen, weigerte sich der ohne Fahrkarte reisende 62-Jährige auszusteigen. Die Beamten brachten den Mann daraufhin mit Gewalt aus dem Zug und wurden dabei selbst Ziel seiner Beleidigungen. Auf dem Bahnsteig musste der 62-Jährige wegen seiner anhaltenden Gegenwehr gefesselt werden. Bei einem anschließenden Alkoholtest wurde ein Wert von 2,3 Promille festgestellt.

Auf den Mann warten wegen des Vorfalls Anzeigen wegen Beleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beförderungerschleichen. Die Polizei bat Fahrgäste, die im Zug von ihm beleidigt wurden, sich zu melden.

DATEN 14.10.2019, Mannheim, **Internetaufruf:** 13.11.2019
QUELLE Badisches Tagblatt
https://www.badisches-tagblatt.de/topthema_alles/00_20191014181400_137354819-Rassistische-Beleidigungen-im-Zug.html

Hakenkreuz auf Blitzgerät

Unbekannte haben im Oktober ein von der Stadtverwaltung im Oberkircher Ortsteil Stadelhofen aufgestelltes mobiles Blitzgerät mit einem Hakenkreuz und weiteren Schmierereien besprüht. Auch die Glasscheibe vor der Kamera wurde mit schwarzem Lack übersprüht.

DATEN 14.10.2019, Oberkirch (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 08.11.2019
QUELLE Baden Online
<https://www.bo.de/lokales/achern-oberkirch/mobiles-blitzgeraet-mit-schwarzer-farbe-besprueht>

Hakenkreuzschmierereien in Neckarsulm und Oedheim

In der Nacht vom 12. zum 13. Oktober besprühten Unbekannte im Neckarsulmer Stadtteil Amorbach Garagen, Hauswände, Autos, einen Carport und einen Pavillon mit Hakenkreuzen und anderen Schmierereien.

Auch im benachbarten Oedheim wurden am 13. Oktober auf dem Gelände der PSG Schmierereien mit Hakenkreuzen entdeckt. Bänke, Bauwagen, Treppenstufen und ein Rasenmäher waren beschmiert. Es wurde vermutet, dass die Schmierereien von denselben Tätern wie in Amorbach stammen.

DATEN 14.10.2019, Neckarsulm und Oedheim (Landkreis Heilbronn), **Internetaufruf:** 14.11.2019
QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/polizei/heilbronn/Hakenkreuze-und-andere-Schmierereien-gemeldet;art1491,4263764>

Fremdenfeindliche Schmierereien in Waiblingen

Auf einen Feldweg im Waiblinger Stadtteil Beinstein haben Unbekannte mit weißer Farbe ein Hakenkreuz sowie fremdenfeindliche Symbole und Schriftzüge gesprüht. Der Vorfall ereignete sich vermutlich in der Nacht vom 12. zum 13. Oktober.

DATEN 14.10.2019, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 14.11.2019
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.schmierereien-in-waiblingen-beinstein-hakenkreuze-und-fremdenfeindliche-ausserungen-am-feldweg.27e46cf1-a2d3-4beb-a73c-9bb608d19fdc.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Backnang kam es am 14. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 14.10.2019, Backnang
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Gullydeckel mit Hakenkreuz besprüht

In Urbach haben Unbekannte einen Gullydeckel mit einem Hakenkreuz besprüht. Der dabei entstandene Sachschaden wurde auf 200 Euro geschätzt, angezeigt wurde der Vorfall am 12. Oktober. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 15.10.2019, Urbach (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 14.11.2019
QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/ostalbkreis/hakenkreuz-auf-gulli/1830555/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Leutkirch kam es am 15. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 15.10.2019, Leutkirch
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

„Leserbriefzeitung“ mit rechten Inhalten

Kurz nachdem sie einen Leserbrief zu einem politischen Thema an den Schwarzwälder Boten geschickt hatte, fand eine Frau aus Villingen-Schwenningen eine „Leserbriefzeitung“ nebst Überweisungsformular mit einer Spendenaufrorderung in ihrem Briefkasten. Woher die „Zeitung“ stammte, wurde nicht bekannt; der im Impressum angegebene Verantwortliche war eine fiktive Person. Zu lesen waren in der sogenannten „Leserbriefzeitung“ laut Polizei zwar „eindeutige rechtsideologische und fremdenfeindliche“ Inhalte, volksverhetzende Aussagen, die eine Strafverfolgung rechtfertigen, wurden aber nicht entdeckt. Das Druckwerk verwendet auch aus der „Reichsbürger“-Szene bekannte Elemente und nimmt Bezug auf Personen aus dem rechten Spektrum. Für Informationen zu einem patriotischen Stammtisch nennt die „Leserbriefzeitung“ die Telefonnummer eines Stadtrats der Doppelstadt, der ebenfalls dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet wird.

Bereits im März 2018 hatte ein Rentner aus Villingen-Schwenningen die Aufforderung: „Verteilen auch Sie Hunderte Handzettel in Briefkästen“, zusammen mit Vorlage und Kopieranleitung für ein Flugblatt mit einschlägig rechtsradikalen „Infos“, in seinem Briefkasten gefunden.

DATEN 16.10.2019, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 14.11.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.villingen-schwenningen-leserbriefzeitung-weckt-interesse-des-staatsschutzes.0195bc94-22b5-4dd2-acfc-6ec66c5d6c0e.html>

„Reichsbürger“ festgenommen

Im Rahmen einer am 15. Oktober durchgeführten Großkontrolle im Gebiet des Polizeipräsidiums Aalen konnte die Polizei in Winnenden einen sogenannten „Reichsbürger“ festnehmen. Der 59-Jährige hatte Geldstrafen wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis nicht bezahlt, deshalb lag ein Haftbefehl gegen ihn vor. Die Beamten haben den sich zur „Reichsbürger“-Bewegung bekennenden Mann in ein Gefängnis eingeliefert, wo er voraussichtlich zehn Monate bleiben muss.

DATEN 16.10.2019, Winnenden (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 15.11.2019
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.bilanz-der-grosskontrolle-ander-b14-festnahmen-drogenfunde-reichsbuerger-in-haft.b64a7cad-6b93-4425-9fa7-2074039c9955.html>

Haftstrafe für ehemaligen „Germanitier“

Wegen gefährlicher Körperverletzung hat das Amtsgericht Schorndorf einen ehemaligen „Germanitier“ (eine der „Reichsbürger“-Bewegung zuzuordnende Gruppierung) zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Bereits früher war der 50-jährige Mann wegen Körperverletzung, falscher Versicherung an Eides statt, Waffenbesitzes und Hausfriedensbruchs verurteilt worden. Angeklagt war er diesmal, weil er dem Bruder seines türkischen Nachbarn bei einem Streit im April 2017 ein Messer in den Bauch gestochen haben soll. Vor einem deshalb bereits 2017 anberaumten Prozess war der Angeklagte untergetaucht. Ende September 2019 konnte er in seiner Wohnung festgenommen werden, wo er sich ganze Zeit versteckt haben soll. „Ich hab mich still verhalten“, sagte der Mann dazu.

Vor einem anderen Prozess gegen ihn, im Jahr 2012, hatte sich der 50-Jährige auf dem Dachboden seines Hauses in der Altstadt versteckt und einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst. Deshalb

wurde er jetzt von Beamten der Stuttgarter Sicherheitsgruppe der Gerichte und Staatsanwaltschaften (SGS) zu der Verhandlung begleitet. Im Prozess stelle sich der Angeklagte als Opfer von Behördenwillkür dar. Die Stadtwerke hätten ihm, obwohl er alle offenen Rechnungen bezahlt habe, „willkürlich“ den Strom abgestellt und in der Haft bekomme er nicht die richtigen Medikamente für seine Krampfanfälle und chronischen Schmerzen. Die „Germanitier“ habe er bereits 2013 verlassen und er versuche, sich aus allem Ärger herauszuhalten, erklärte der 50-Jährige. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen der Messerattacke wies er mit den Worten zurück: „Diesen Vorfall gibt es nicht.“ Außerdem hätte er zum Tatzeitpunkt seinen Arm gar nicht bewegen können, da eine Sehne in seiner rechten Schulter gerissen gewesen sei. Die Aussage des als Zeuge anwesenden Opfers kommentierte er mit: „Die Gebrüder Grimm wären neidisch.“

DATEN 17.10.2019, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 15.11.2019
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.schorndorf-ehemaliger-germanitier-zu-haftstrafe-verurteilt.ee459d4a-e2eb-4bfe-98d7-7ebec0941864.html>

AfD-Büro in Tauberbischofsheim attackiert

Unbekannte Täter haben in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober das Wahlkreis-Büro der AfD am Tauberbischofsheimer Marktplatz mit Steinen und Einmachgläsern, die sie mit roter Farbe gefüllt hatten, beworfen. Es entstanden mehrere Tausend Euro Sachschaden.

Im Mai 2018 gab es schon einmal einen Angriff auf das Gebäude, an dem rund 30 Autonome beteiligt waren.

Die Polizei schloss laut Rhein-Neckar-Zeitung ein politisches Motiv für die Aktion nicht aus und bat Zeugen, sich zu melden.

DATEN 17.10.2019, Tauberbischofsheim,
Internetaufruf: 17.07.2020
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/regionalticker_artikel,-tauberbischofsheim-afd-wahlkreis-buero-erneut-beschaedigt-_arid,473501.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Blaufelden kam es am 17. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 17.10.2019, Blaufelden
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Anzeige gegen „Reichsbürger“

Die Bürgermeisterin von Waldachtal informierte bei einer Sitzung des Ortschaftsrats im Teilort Salzstetten über eine Anzeige, die sie gegen einen sogenannten „Reichsbürger“ erstattet habe. Der Mann habe Aufkleber der „Reichsbürger“-Bewegung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ auf das Ortsschild geklebt und die Ideologie der Bewegung auf Wurfzetteln mit dem Titel „Kriegsgefangenenpost“ in der Gemeinde verbreitet. Die Polizei habe die Vorfälle aber nicht weiter verfolgt, weil kein Schaden verursacht wurde.

Weil die Gefahr bestand, dass Autofahrer den Ortseingang durch das Bekleben des Ortsschildes nicht mehr als solchen erkennen konnten und ihre Geschwindigkeit nicht verringerten, wollte die Bürgermeisterin den Mann auch noch wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr anzeigen.

DATEN 22.10.2019, Waldachtal (Landkreis Freudenstadt),
Internetaufruf: 15.11.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.waldachtal-buergermeisterin-zeigt-reichsbuerger-an.6233fd25-2223-4b7d-8520-e004c5be0e87.html>

Folgemeldung zu „Anzeige gegen ‚Reichsbürger‘“ vom 22.10.2019

Der Salzstettener Ortsvorsteher, der hauptberuflich als Polizeihauptkommissar tätig ist, empfahl der Bürgermeisterin eine Gefährderansprache der Polizei für den sogenannten „Reichsbürger“, der für die Aufkleber auf dem Ortsschild und die Wurfzettel verantwortlich war. Auch wenn keine konkrete Gefahr von ihm ausgehe, bestehe bei sogenannten „Reichsbürgern“ immer eine abstrakte Gefahr. Eine Wiederholungstat halte er für wahrscheinlich, sagte der Ortsvorsteher.

In der Gefährderansprache solle dem Mann klargemacht werden, dass seine Aktionen von der Polizei als gefährdend eingeschätzt und nicht toleriert werden. Außerdem sollten ihm mögliche Konsequenzen im Wiederholungsfall aufgezeigt werden.



Ob die Bürgermeisterin bei der Polizei eine solche Gefährderansprache beantragen wollte, war dem Schwarzwälder Boten bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

DATEN 24.10.2019, Waldachtal (Landkreis Freudenstadt),
Internetaufruf: 10.12.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.waldachtal-geht-von-reichsbuerger-gefahr-aus.6eaa4a4c-d342-4c6b-b5b6-2665ac8076a1.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Malsch kam es am 25. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Straftaten gegen das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG).



 DATEN 25.10.2019, Malsch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Nazi-Symbol in Ulmer Imagevideo

Ein Imagefilm, den die Stadt Ulm im Oktober auf ihrem Youtube Channel einstellte, hat für Diskussionen gesorgt. Eine Szene in dem Video zeigt einen Mann, auf dessen Hals eine sogenannte Schwarze Sonne tätowiert ist, die aussieht wie mehrere übereinander gelegte Hakenkreuze. Das Motiv ist nicht verboten, gilt aber in rechtsextremen Kreisen als Ersatz-Symbol für das verbotene Hakenkreuz.



Die Stadt Ulm wies Vorwürfe, mit Rechtsextremen zu sympathisieren, zurück. Dargestellt werde der Umdenkprozess eines Mannes mit rechtsradikalem Hintergrund, um zu zeigen, dass Einstellungen sich durch zwischenmenschliche Kontakte ändern könnten. Der Autor des Films sagte dem SWR, er habe mit Kritik wegen der bewusst gezeigten Szene gerechnet, allerdings nicht mit einer so erregten Diskussion. Er hielt aber den Titel „Vielfalt leben in Deiner Stadt“, unter dem das Video veröffentlicht wurde, für missverständlich. Er impliziere, dass alles was der Film zeigt, Teil dieser Vielfalt sei. Vielfalt und Rassismus schlossen sich aber aus. Der von ihm gewählte eigentliche Filmtitel sei: „Weil Menschlichkeit verbindet“

Der Ältestenrat der Stadt Ulm hatte zuerst eine Löschung der vorliegenden Fassung des Films in den Kommunikationskanälen und dessen Überarbeitung beschlossen, diese Entscheidung später aber revidiert.

 DATEN 29.10.2019, Ulm, Internetaufruf: 10.12.2019
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR 3 aktuell
<https://www.swr3.de/aktuell/nachrichten/Ulm-Nazisymbol-in-Imagefilm-sorgt-fuer-heftige-Diskussion/-/id=47428/did=5262832/19pa2h0/index.html>



Hakenkreuze auf Weg gesprüht

Zwischen der Mittagszeit des 28. und der Mittagszeit des 29. Oktober haben Unbekannte mit schwarzer Farbe zwei Hakenkreuze und einen Penis auf einen landwirtschaftlichen Weg im Burladinger Stadteil Gauselfingen gesprüht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

 DATEN 30.10.2019, Burladingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 11.12.2019
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/blaulicht/hechingen/vandalismus-in-gauselfingen-unbekannte-spruehen-penis-und-hakenkreuze-mit-schwarzer-farbe-auf-fahrbahn-39965953.html>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Nürtingen kam es am 01. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 01.11.2019, Nürtingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 02. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 02.11.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Hauswand mit Hakenkreuz beschmiert

Unbekannte Täter haben in Trossingen in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November zwei Wohnhäuser mit blauer Farbe beschmiert. Eine der Schmierereien war ein Hakenkreuz. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet und Zeugen gebeten, sich zu melden.

-  DATEN 03.11.2019, Trossingen (Landkreis Tuttlingen), Internetaufruf: 06.12.2019
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/trossingen_artikel,-hakenkreuz-an-hauswand-_arid,11137092.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete




In Wangen kam es am 04. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 04.11.2019, Wangen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Kehl kam es am 05. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 05.11.2019, Kehl
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ravensburg kam es am 05. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 05.11.2019, Ravensburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Angriff gegen Kippaträger in Fitnessstudio


Wegen seines jüdischen Glaubens wurde ein junger Mann am 5. November in der Umkleidekabine eines Freiburger Fitnessstudios von einem anderen Besucher attackiert. Der Unbekannte habe ihn von hinten am Kopf gepackt, ihm seine Kippa heruntergerissen und diese dann bespuckt und in den Müll geworfen. Dabei habe er ihn einen „dreckigen Juden“ genannt, „Free Palestine“ gerufen und gedroht, ihn zu verprügeln, berichtete der angegriffene Mann der Badischen Zeitung. Erst als ein älterer Mann in den Umkleideraum kam und dazwischenging, habe der Unbekannte von ihm abgelassen und schnell die Kabine verlassen. Enttäuscht sei er von dem Verhalten der circa zehn bei dem Vorfall anwesenden anderen Besucher des Sportstudios, die den Übergriff beobachtet, aber nicht reagiert hatten. „Hätte einer irgendetwas gesagt, wäre ich nicht so alleine gewesen“, sagte er dazu.


Die Polizei bestätigte den Angriff gegenüber der Badischen Zeitung und hat Ermittlungen eingeleitet. Das Fitnessstudio hat den Vorfall nicht kommentiert.

-  DATEN 06.11.2019, Freiburg, Internetaufruf: 15.11.2019
-  QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/kippatraeger-in-freiburger-fitnessstudio-attackiert>

Folgemeldung zu „Angriff gegen Kippaträger in Fitnessstudio“ vom 06.11.2019

Nach dem Übergriff in einem Freiburger Fitnessstudio, bei dem ein 19-Jähriger antisemitisch beleidigt und ihm seine Kippa vom Kopf gerissen worden war, konnte die Polizei den mutmaßlichen Täter ermitteln. Der 23-jährige Deutsche ist wegen mehrerer Vorfälle von Körperverletzungen bereits polizeibekannt. Hinweise des Betroffenen und anwesender Zeugen sowie Informationen aus der Datenbank des Fitnessstudios deuteten auf den Mann hin. Über weitere Schritte muss jetzt die Staatsanwaltschaft entscheiden, der die Akten nach Abschluss der Ermittlungen übergeben werden.


 DATEN 29.11.2019, Freiburg, Internetaufruf: 02.12.2019


 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.offenbar-antisemitischer-angriff-in-freiburg-kippa-vom-kopf-gerissen-polizei-ermittelt-verdaechtigen.76ecbefd-8938-4d59-888d-259dd7e5ecba.html>

Antisemitische Aussage und Hakenkreuze in Auto gekratzt

In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober haben Unbekannte in die Heckklappe eines auf einem Parkplatz in Freiburg abgestellten Autos „Fuck Jews“ eingeritzt. Außerdem waren in die Kühlerhaube und die Beifahrertür Hakenkreuze gekratzt und ein Reifen aufgestochen worden.

Warum das Auto von den Tätern ausgewählt wurde, blieb unklar. Die Eigentümerin ist weder jüdischen Glaubens noch politisch aktiv. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

 DATEN 06.11.2019, Freiburg, Internetaufruf: 15.11.2019


 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/kippatraeger-in-freiburger-fitnessstudio-attackiert>


„Reichsbürger“ erscheint nicht zu Prozess

Wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sollte sich ein sogenannter „Reichsbürger“ aus Albershausen am 6. November vor dem Göppinger Amtsgericht verantworten. Weil der Angeklagte, der sich selbst als „Konsul von Terrania“ bezeichnet, nicht zur Verhandlung erschienen war, hat die Richterin seine Vorführung angeordnet. Die Polizei traf den Mann aber auch in seiner Wohnung in einer Obdachlosenunterkunft nicht an. Er sei zuvor mit dem Auto weggefahren, berichtet die Südwestpresse.

Bereits in der Vergangenheit war der Angeklagte durch seine Ablehnung der Bundesrepublik und ihrer Gesetze aufgefallen. Unter anderem verrichtete er auf der Rückbank eines Streifenwagens seine Notdurft, als er 2016 wegen eines nicht bezahlten Bußgelds von der Polizei abgeholt wurde. Anschließend ritzte er Haken-


kreuze und SS-Runen in die Wand seiner Gewahrsamszelle. 2017 benötigte ein Gerichtsvollzieher die Begleitung der Polizei und vermummter Kräfte eines Spezialeinsatzkommandos, um das Wohnhaus des Mannes und seiner Lebensgefährtin zu räumen, weil dieser seine Miete nicht bezahlt hatte. 2018 wurde er wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und anderer Delikte schon einmal zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Auch damals war er zu Gerichtsterminen nicht erschienen.


 DATEN 06.11.2019, Göppingen, Internetaufruf: 11.12.2019

 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-goeppingen/_konsul-von-terrania_-angeklagt-reichsbuerger-aus-albershausen-drueckt-sich-vor-prozess-in-goeppingen-40284711.html

Hakenkreuz an Bushaltestelle

In Weingarten haben Unbekannte ein Hakenkreuz und die Zahlenfolge „1488“ an eine Bushaltestelle geschmiert. Wann genau die vermutlich mit einem Feuerzeug gemachten Schmierereien stattfanden, war nicht bekannt. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

 DATEN 06.11.2019, Weingarten (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 06.12.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/weingarten_artikel,-unbekannter-beschmiert-haltestelle-mit-hakenkreuz-_arid,11138894.html

Nazi-Schmierereien auf Auto

Unbekannte Sprayer haben am 6. November in der Ludwigsburger Weststadt ein Auto mit zwei Hakenkreuzen und anderen faschistischen Symbolen beschmiert. Das nicht zugelassene Fahrzeug war auf dem Hof einer Autowerkstatt abgestellt, die Schmierereien fanden zwischen 17.15 Uhr und 20.45 Uhr statt. Der entstandene Schaden wurde auf 600 Euro geschätzt.

Die Ermittlungen hat die Abteilung Staatsschutz bei der Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg übernommen. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

 DATEN 07.11.2019, Ludwigsburg, Internetaufruf: 11.12.2019

 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.sprayer-in-ludwigsburg-auto-mit-hakenkreuzen-beschmiert.50e27c0d-20e2-4537-922f-129fc9c58924.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 08. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß

Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

DATEN 08.11.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wangen kam es am 08. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

DATEN 08.11.2019, Wangen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Giengen kam es am 09. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 09.11.2019, Giengen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Laupheim kam es am 11. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 11.11.2019, Laupheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Allensbach kam es am 12. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 12.11.2019, Allensbach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 12. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 12.11.2019, Heidelberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 12. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


DATEN 12.11.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>


Strafe für Anschreiben mit „Reichsbürger“-Theorien

Das Amtsgericht in Ehingen hat eine 54-jährige Frau zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen verurteilt, weil sie mehrere Briefe an einen Gerichtsvollzieher und Ämter unterschrieben hat, die als Versuch einer Erpressung gewertet wurden. In den Schreiben, die auch immer wieder die Legitimität der Behörden anzweifeln, ging es um die Verweigerung der Bezahlung der Rundfunkgebühr.

Vor Gericht gab die Angeklagte an, die Briefe nur gutgläubig unterschrieben zu haben, verfasst worden seien sie von ihrem Ehemann. Dieser war bei der Verhandlung als Zeuge geladen und gab an, die Inhalte aus dem Internet übernommen zu haben. Dort habe er die in der „Reichsbürger“-Bewegung verbreiteten Theorien gefunden, er selbst erkenne aber die Bundesrepublik an und gehöre der Bewegung nicht an, sagte er. In einem der Schreiben hatte er dem Gerichtsvollzieher gedroht, wenn er angeforderte Belege, wie Gründungsurkunden des Staates und des Bundeslandes, nicht innerhalb von 72 Stunden vorlege, solle dieser seiner Frau 500.000 Euro zahlen, das Amtsgericht sogar fünf Millionen Euro. Außerdem drohte er dem Gerichtsvollzieher damit, ihn in ein internationales Schuldenregister einzutragen. Dies wertete das

Amtsgericht als Versuch einer Erpressung, den die Ehefrau aufgrund ihrer Unterschrift zu verantworten habe.


 DATEN 13.11.2019, Ehingen (Alb-Donau-Kreis), Internetaufruf: 06.12.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ehingen_artikel,-ehemann-holt-sich-rechtshilfe-bei-den-reichsb%C3%BCrgern-und-bringt-damit-seine-frau-vor-gericht-_arid,11142497.html

Schwarzfahrer zeigen Bundespolizei den Hitlergruß und rufen Naziparolen

Ein 33-jähriger Mann beleidigte und nötigte das Zugpersonal, als er und seine 25 Jahre alte Begleiterin ohne Fahrkarten in einem Zug nach Karlsruhe angetroffen wurden. Bei einem anschließenden Halt an einem Bahnhof versteckten sich die beiden außerhalb des Zuges vor den deshalb verständigten Beamten der Bundespolizei, stiegen dann aber wieder in den abfahrenden Zug ein. Bei ihrer Ankunft am Karlsruher Hauptbahnhof wurde das angetrunkene Paar von weiteren Bundespolizisten erwartet, die beide zur Polizeiwache mitnahmen. Dort zeigten sie den Hitlergruß, brüllten Naziparolen, schrien und randalierten, wobei auch ein Spiegel zu Bruch ging, teilte die Polizei am 13. November weiter mit.

Weil der Mann immer wieder versucht hatte, sich selbst zu verletzen, wurde er von einem Polizeiarzt in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen. Ein Grund für das Verhalten des Paares war laut Polizeiangaben nicht bekannt. Da beide den Beamten als drogensüchtig bekannt sind, wurde aber ein Zusammenhang mit der Suchterkrankung vermutet.


 DATEN 13.11.2019, Karlsruhe, Internetaufruf: 11.12.2019


 QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Schwarzfahrer-Paar-randaliiert-bei-Karlsruher-Bundespolizei-436374.html>


Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 13. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 13.11.2019, Konstanz


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Lörrach kam es am 13. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.


 DATEN 13.11.2019, Lörrach

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bad Saulgau kam es am 14. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 14.11.2019, Bad Saulgau

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Deggingen kam es am 14. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 14.11.2019, Deggingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 16. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 16.11.2019, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 20. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 20.11.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sindelfingen kam es am 21. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 21.11.2019, Sindelfingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Crailsheim kam es am 22. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.11.2019, Crailsheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Hakenkreuze auf Bahnhofstoilette

In Ellwangen wurde die Herrentoilette des Bahnhofs am 24. November von Unbekannten mit Hakenkreuzen beschmiert. Der Sachschaden betrug mehrere hundert Euro. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

DATEN 26.11.2019, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 14.01.2020
QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/ellwangen/hakenkreuze-gesprueht/1844098/>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 28. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 28.11.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Nazi-Schmierereien an Mannheimer Schule

Unbekannte Täter haben zwischen der Mittagszeit des 27. und dem Vormittag des 28. November rechtsradikale Symbole und Parolen an eine Schule in der Mannheimer Neckarstadt geschmiert. An der Fassade und auf einem Fußgängersteg zu einem benachbarten Wohngebäude wurden Hakenkreuze und politische Parolen gefunden, nachdem ein Zeuge die Polizei zuvor von einem mit Kreide auf die Tafel in einem Unterrichtsraum aufgemalten Hakenkreuz unterrichtet hatte.

DATEN 29.11.2019, Mannheim, Internetaufruf: 14.01.2020
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim/polizeibericht-mannheim_artikel,-mannheim-schule-mit-hakenkreuzen-beschmiert-_arid,483002.html



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wangen kam es am 29. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

DATEN 29.11.2019, Wangen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waiblingen kam es am 02. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 02.12.2019, Waiblingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>





Nazi-Banner über Bundesstraße

An eine Brücke über eine Bundesstraße in Bad Mergentheim haben Unbekannte am 3. Dezember ein zwei mal zwei Meter großes Banner mit einem Hakenkreuz und SS-Runen gehängt. Die deshalb von mehreren Autofahrern verständigte Polizei stellte das besprühte Banner sicher.

-  DATEN 03.12.2019, Bad Mergentheim (Main-Tauber-Kreis), Internetaufruf: 14.01.2020
-  QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Banner-mit-Nazisymbolen-ueber-Bundesstrasse-gespannt-438915.html>

Grabschändungen in Westhofen



In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember haben Unbekannte 107 Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Westhofen mit Hakenkreuzen beschmiert. Unter den Schmierereien wurde auch die Zahl „14“ gefunden, die unter deutschen Neonazis für „Auf Deutschland“ steht, unter englischsprachigen Rechtsextremen steht sie für die 14 Wörter in dem Slogan „We must secure the existence of our people and a future for white children“. Die Grabschändung war der fünfunddreißigste antisemitische Vorfall im Elsass im Jahr 2019. Die Behörden vermuteten einen Zusammenhang mit Schmierereien am Rathaus und der Synagoge von Schaffhouse-sur-Zorn, die ebenfalls am Vormittag des 3. Dezember entdeckt wurden. „In der Region muss ein Nest von nostalgischen Vertretern des Dritten Reichs aktiv sein“, sagte der Bürgermeister von Westhofen zu den Ereignissen. Der Oberrabbiner von Straßburg sprach von einem Wiederaufleben, das viele Fragen aufwerfe und einen Schlag gegen „das friedliche Zusammenleben zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften der Region“ darstelle.

-  DATEN 03.12.2019, Westhofen und Schaffhouse-sur-Zorn (Bas-Rhin), Internetaufruf: 21.01.2020
-  QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/unbekannte-schaenden-mehr-als-100-juedische-graeber-im-elsass>
-  DATEN 23.12.2019, Westhofen (Bas-Rhin), Internetaufruf: 21.01.2020
-  QUELLE Le Monde
https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/12/23/en-alsace-les-actes-antisemites-interrogent-l-histoire-de-la-region_6023822_3224.html

Rechtsextremismus-Verdacht beim Calwer KSK



Drei Angehörige des Calwer Kommando Spezialkräfte (KSK) standen im Dezember wegen rechtsextremistischer Umtriebe unter Verdacht. Gegen einen Unteroffizier mit Feldweblaufbahn begannen bereits mehrere Monate zuvor nachrichtendienstliche Ermittlungen. Es wurden Schritte eingeleitet, um den Mann aus dem Dienst zu entfernen. Gegen zwei Stabsoffiziere wurden Ermittlungen eingeleitet, weil sie auf einer privaten Feier des Unteroffiziers den Hitlergruß gezeigt haben sollen. Einem von ihnen wurde der Dienst untersagt, der andere wurde vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) als Verdachtsfall geführt.

Von den zum Zeitpunkt des Zeitungsberichts laufenden 500 Prüfverfahren gegen Bundeswehr-Angehörige betrafen 40 Fälle das KSK. Mit ihnen nur etwas über tausend Angehörigen ist die Spezialeinheit damit überproportional häufig Gegenstand solcher Verfahren.

-  DATEN 04.12.2019, Calw, Internetaufruf: 14.01.2020
-  QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-rechtsradikaler-soldat-vor-aus-_arid,2297466.html

Rechtsextreme Aufmärsche

In Heilbronn kam es am 04. Dezember unter dem Motto „Mahnwache in Heilbronn“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten.

-  DATEN 04.12.2019, Heilbronn
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18207
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918207.pdf>

Morddrohung gegen AfD-Politikerin

Vor der Praxis einer für die AfD in den Landtag gewählten Zahnärztin in Lauda-Königshofen haben Unbekannte in der Nacht zum


4. Dezember ein Holzkreuz aufgestellt, auf dem die Politikerin als „Nazihure“ bezeichnet wurde. Weiter war auf dem Kreuz zu lesen: „Nach dir kräht bald kein Hahn mehr. Gestorben 31.12.2019“


Die betroffene Abgeordnete befand sich zum Tatzeitpunkt mit dem Sozialausschuss in Dänemark und kommentierte den Vorfall mit der Aussage „Der Hass unserer politischen Gegner trägt Früchte“ auf Facebook.

Der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen machte die Hetze durch „Altparteien und Teile der Medien“ gegen seine Partei für den Vorfall verantwortlich. „Immer häufiger kommt es zu Angriffen auf Vertreter der AfD“, sagte er weiter.

Auch von der Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) kam deutliche Kritik an der Tat: „Im Namen des Landtags von Baden-Württemberg verurteile ich jeglichen Versuch von Einschüchterung und Bedrohung gegenüber frei gewählten Abgeordneten“, kommentierte sie den Vorfall. „Gewalt darf auch bei größter Meinungs-differenz niemals ein Mittel politischer Auseinandersetzung sein.“

Gegen die unbekanntenen Täter wurde Anzeige erstattet, die Kriminalpolizei hat Ermittlungen eingeleitet.


 **DATEN** 04.12.2019, Lauda-Königshofen (Main-Tauber-Kreis), Internetaufruf: 17.07.2020

 **QUELLE** Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Hassbotschaft-Morddrohung-gegen-AfD-Politikerin-Baum;art19070,4289327>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 05. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.


 **DATEN** 05.12.2019, Mannheim

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Heilbronn kam es am 07. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.


 **DATEN** 07.12.2019, Heilbronn

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 07. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 **DATEN** 07.12.2019, Konstanz

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Reutlingen kam es am 08. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.


 **DATEN** 08.12.2019, Reutlingen

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Nazi-Schmierereien bei Jüdischem Friedhof in Heidelberg

Auf dem Bergfriedhof in der Heidelberger Weststadt haben Unbekannte Hinweisschilder zu den Gräbern im jüdischen Teil des Friedhofs mit Hakenkreuzen und einem durchgestrichenen Davidstern beschmiert. Entdeckt wurden die antisemitischen Schmierereien am 8. Dezember. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu verdächtigen Personen oder Fahrzeugen.


 **DATEN** 09.12.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 14.01.2020

 **QUELLE** Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-heidelberg-nazi-symbole-beim-juedischen-friedhof-entdeckt-_arid,485060.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Stuttgart kam es am 09. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 **DATEN** 09.12.2019, Stuttgart

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lörrach kam es am 10. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen §86 StGB.

 DATEN 10.12.2019, Lörrach
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 13. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

 DATEN 13.12.2019, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Steinen kam es am 13. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.12.2019, Steinen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Dossenheim kam es am 14. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 14.12.2019, Dossenheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten



In Waldbronn gab es am 14. Dezember eine musikalische Darbietung der extremen Rechten. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Kategorie C“ auf.


 DATEN 14.12.2019, Waldbronn
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18206
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918206.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Konstanz kam es am 15. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 15.12.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



„Hüter des Gedenkens“ kontrollieren jüdische Friedhöfe

Als Reaktion auf die Zunahme der Anschläge auf jüdische Friedhöfe im Elsass hat der Regionalrat im Oktober 2019 ein Netzwerk eingerichtet, in dem ehrenamtliche „Hüter des Gedenkens“ die jüdischen Friedhöfe in der Region patrouillieren. Wie oft die Freiwilligen die Friedhöfe besuchen, entscheiden sie selbst. Bei Vorfällen eingreifen sollen sie nicht, aber die Behörden über solche Vorkommnisse informieren.

 DATEN 17.12.2019, Region Elsass, Internetaufruf: 27.01.2020
 QUELLE France 24
<https://www.france24.com/en/20191217-guardians-of-memory-keep-watch-over-france-s-jewish-cemeteries?fbclid=IwAR2wE87QvYD6GIawIFbyzVFq2SDPVwWDQUmdujdNE7Gpy95u-qogNQD5804>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Herrenberg kam es am 17. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 17.12.2019, Herrenberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Biberach kam es am 19. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 19.12.2019, Biberach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 20. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 20.12.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19328
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/193/1919328.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Kraichgau gab es am 21. Dezember eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Mjöllnir“ sowie zwei weitere Musiker auf.

-  DATEN 21.12.2019, Kraichgau
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18206
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918206.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 30. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 30.12.2019, Sersheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18269
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918269.pdf>

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Schloßstr. 23

74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42/83 17 47

Fax: 0 70 42/83 17 40

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de